

# Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Kunenkasse der Maurer, Steinmaler, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands  
„Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Aufwendung unter Kreuzband M. 1.40.  
Anzeigen die dreieckige Petitzelle oder deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Die Arbeiter-Koalition vor der Reichstags-Kommission. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Urtheile über den Gewerkschaftskongress. Staatlische Genehmigung von Ausstandsklassen. Die Käfe lässt das Maufen nicht. Eine Betrachtung über „jetzt und später“. Aus Amerika. — Situationsberichte. — Korrespondenzen der Generalversammlung der Gewerkschaften Deutschlands. — Arbeiterversicherungswesen. — Literarisches. — Briefstunden. — Feuilleton: Österreichische.

## Die Arbeiter-Koalition vor der Reichstags-Kommission.

II.

Also nach den am Schlusse unseres ersten Arbeitstages mitgetheilten Erklärungen der Regierungsveteranen kann von einer Parteinaufnahme der Behörden zu Gunsten der Unternehmer und zum Nachtheil der Arbeiter, sowie auch von einer Behinderung der Fachvereine durch das preußische Vereinsgesetz, „nicht die Rede sein“. Wir nehmen nicht an, daß diese Erklärung wider besseres Wissen abgegeben worden ist. Aber dann kann den Herren doch der Vorwurf nicht erpart werden, daß sie ohne Kenntniß der Thatsachen geurtheilt haben. Und diese Unkenntniß erscheint geradezu unverzeihlich. Denn seit Jahren, ohne Unterbrechung, wurden die von den Regierungsveteranen in Abrede gestellten Thatsachen öffentlich diskutirt, in der Presse, in Versammlungen, im Parlamente. Erst ganz kürzlich wieder sind sie im Reichstage Gegenstand sehr lebhafter Debatten gewesen. Die offensbare Parteinaufnahme der Polizei, besonders bei ausgebrochenen oder drohenden Streiks und Aussperrungen, für die Unternehmer und gegen die Arbeiter, immer unter Verfuß auf die angeblich „gefährdeten öffentlichen Ordnung“, auch unter mißbräuchlicher Auslegung und Anwendung der vereins- und versammlungsgesetzlichen Bestimmungen, ist in zahlreichen Fällen in Preußen wie in anderen deutschen Bundesstaaten (besonders auch im „gemüthlichen“ Sachsen) nachgewiesen, ja, von der Unternehmerpresse offen zugegeben und gerühmt worden. Als vor drei Jahren — um nur eine Thatsache wieder in Erinnerung zu bringen — die Leipziger Maurer zwecks Besprechung und Regelung ihrer gewerkschaftlichen Angelegenheiten Versammlungen abhalten wollten und die Polizei diese verbot, erkannte die „Baugewerks-Zeitung“ es freudig dantend an, daß die Polizei auf diese Weise die „unbotmäßigen“, „streitsüchtigen“, Gefesen „in den Grenzen der Ordnung“ halte und ihre „Gehoreien“ unmöglich mache.

„Die Fachvereine werden durch das preußische Vereinsgesetz nicht beschränkt.“ Eine lädierte Behauptung! Durch das Gesetz, wie es auf dem Papier steht, allerdings nicht; aber durch die ganze Tendenz, dem Zwecke dieses Gesetzes zu widerlaufen, behördliche Auslegung und Anwendung desselben. Dafür könnten wir hunderte von Fällen anführen. Gewerkschaftliche Vereine sind deshalb, weil sie sich die Regelung des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens, die Streitunterstützung ic. zur Aufgabe gemacht haben, von der Polizei als „politische“

behandelt und weil sie mit anderen Vereinen zu gleichem Zwecke sich in Verbindung gesetzt hatten, aufgelöst worden. Die Kieler Polizei und Staatsanwaltschaft hat darin, daß in der gewerkschaftlichen Vereinigung der Tischler ein dann und wann auch politische Artikel bringendes Organ gehalten wurde, den Beweis dafür erbliekt, daß der Verein ein „politischer“ sei und dem Vereinsgesetz unterstehe!!!

In zahlreichen Fällen haben die Gerichte, darunter auch das Reichsgericht, derartige polizeiliche Gesetzesauslegungen und Praktiken zurückweisen und dabei feststellen müssen, wodurch die Grenze zwischen politischer Thätigkeit im vereinsgesetzlichen Sinne und der dem Vereins- und Versammlungsgesetz nicht unterworfenen Koalitions-Thätigkeit im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung sei.

Und das Alles, was, wie gesagt, seit Jahren öffentlich verhandelt worden ist, war den Herren Regierungsveteranen in der Reichstags-Kommission nicht bekannt. Nicht weil, nach Ansicht der Herren, das preußische Vereinsgesetz die Fachvereine „durchaus nicht behindert“, sondern trotz der notorischen Behinderung sind die gewerkschaftlichen Arbeiterkoalitionen von 1890 bis 1891 erheblich gewachsen, indem das Koalitionsbedürfnis immer allgemeiner wurde. Auch das Erlöschen des Sozialisten-Gesetzes hat das Wachsthum der Arbeiterkoalitionen gerade in jener Zeit mit bewirkt.

Der Antrag der sozialdemokratischen Kommissions-Mitglieder, in dem Entwurf eine Bestimmung aufzunehmen, wonach eingetragene Berufsvereine den landesgesetzlichen Bestimmungen über Vereinswesen und den Bestimmungen über Versicherungswesen nicht unterworfen sein sollen, wurde abgelehnt. Die Majorität ging von der tendenziös konstruierten „Ansicht“ aus: Der Zweck der Berufsvereine sei so allgemein gefaßt, daß unter denselben auch „sehr bedenkliche“ Bestrebungen welche dem Klassenkampf dienen, gefördert werden könnten. Das müsse verhindert werden; Streikvereine dürfen nicht der Wohlthaten des Gesetzes theilhaftig werden. Im Interesse der Ordnung sei es auch nothwendig, an der polizeilichen Überwachung der Berufsvereine, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, festzuhalten.

Von deutsch-freisinniger Seite versuchte man die Berufsvereine im Sinne des Dr. Max Hirsch als ein Mittel zu schildern, den Einfluß der Sozialdemokratie zu beschränken (!?). Diesen Zweck erfüllten schon jetzt die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine (?!), denen es auf friedliche Beilegung der Arbeitsstreitigkeiten ankomme. Das in der Gewerbeordnung sanktionierte Koalitionsrecht sollte durch das beantragte Gesetz „geregelt“ und sein Gebrauch „erleichtert“ werden. Sozialdemokratischerseits wurde beantragt, den Bestimmungen, welche von den Zwecken der Berufsvereine handeln, folgende hinzuzusehen:

„Arbeitsnachweisung und Unterstützung bei Neisen bei Arbeitslosigkeit, Arbeitsausständen und Arbeitsausfällen, sowie in außerordentlichen Notfällen.“

Gegen diesen Antrag wurde geltend gemacht:

verselbst bezoogene theils eine „Legalisierung der Streiks“, was nicht nur zu heißen sei, theils weiß er unklar, wie das Verhältniß der Berufsvereine zu den in den einzelnen Staaten geltenden Vereinsgesetzen gedacht sei. Es könnten doch auch große Streiks vorkommen, welche das öffentliche Wohl in hohem Maße berührten und dadurch zu einer öffentlichen Angelegenheit werden könnten.

Diese „Gründe“ erführen seitens der Antragsteller eine scharfe Zurückweisung. Die Behauptung, daß eine Arbeitseinstellung eine öffentliche Angelegenheit im Sinne der Vereinsgesetze sei, wurde entschieden bestritten. Als die Vereinsgesetze in den einzelnen deutschen Staaten erlassen worden waren, habe überall das Koalitionsverbot noch bestanden, damit widerlege sich die Annahme, daß bei Erlass der Vereinsgesetze beabsichtigt gewesen sei, dieselben auch auf die Koalitionen auszudehnen. Danin aber sei nach der Gewerbeordnung die Ordnung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter im Allgemeinen Gegenstand freier Uebereinkunft, also Privatsache, und zwar gelte dies ebenso wie für den Antritt des Arbeitsverhältnisses auch für die Beendigung desselben. Wenn die Lösung des Arbeitsverhältnisses seitens eines Arbeiters eine private Angelegenheit sei, so höre sie nicht auf, dies zu sein, wenn viele Arbeiter gleichzeitig das Arbeitsverhältnis lösen. Allerdings könne im letzteren Falle die Angelegenheit das öffentliche Interesse in Anspruch nehmen, aber deshalb werde sie nicht selbst eine öffentliche Angelegenheit, sondern bleibe Privatsache zwischen dem Arbeitgeber und seinen Arbeitern. Auch von einer Legalisierung der Streiks durch den vorliegenden Entwurf könne nicht die Rede sein, denn die Streiks seien im Rahmen der Gewerbeordnung schon jetzt legal. Um aber die Ansicht der verbündeten Regierungen hierüber klarzustellen, wurden an die Vertreter derselben die Fragen gerichtet:

1. Ist ein Streik legal?
2. Ist ein Streik eine öffentliche Angelegenheit?

Eine Antwort wurde auf diese Fragen nicht ertheilt.

Dieses Schweigen der Regierungsveteranen ist sehr charakteristisch. Es muß sich ihnen doch wohl die Überzeugung ausgedrängt haben, daß der Streik allerdings ein durchaus legales Unternehmen, aber keine „öffentliche Angelegenheit“ in vereinsgesetzlichem Sinne ist.

Der sozialdemokratische Antrag wurde angenommen.

In Betreff der Ausdehnung des Koalitionsrechts hob ein sozialdemokratischer Redner hervor, daß dasselbe durch die Gewerbeordnung für das Land bisher verboten gewesen sei, daß aber doch auch die ländlichen Arbeiter von diesem Gesetz Gebrauch machen dürften, und daß damit insoweit die Gewerbeordnung in Preußen außer Kraft gesetzt werde. Dieser Aussöhnung wurde indeß von anderer Seite widersprochen; die Koalitionen ländlicher Arbeiter würden durch dieses Gesetz nicht gestattet, das bestehende Verbot derselben bleibt vielmehr in Geltung. Die Regelung des Koalitionsrechts sei überhaupt nicht Sache dieses Gesetzes.

Allerdings, zu dieser Regelung bedurfte es, wie wir schon ausgeführt haben, solch eines Gesetzes nicht.

### Wirthschaftlich-soziale Grundstein.

**Beachtenswerth für die freien und eingeschriebenen Hüttenkassen.** Die von dem Reichstag in dritter Lesung angenommene Novelle zum Kranftgesetz gab den Vorständen der zentralistischen wie der größeren losalen eingeschriebenen Hüttenkassen von Hamburg-Altona Veranlassung, gemeinsam in einer Sitzung über das Fortbestehen der Kassen unter dem neuen Gesetz Berathung zu pflegen. Wie nicht anders zu erwarten, waren die Vorstände sehr zahlreich vertreten. Die sämtlichen Redner, welche auf die für die freien, namenlich für die zentralistischen Kassen von wesentlicher Bedeutung geschaffenen Gesetzesbestimmungen Bezug nahmen, endeten alle mit der Erklärung, auch unter den neuen Gesetzesbestimmungen die Kosten, als dem S. 75 genügend aufrecht zu erhalten und davor einzutreten. Die für Aufrechterhaltung in's Feld geführten Gründe und Motive waren derartig von Wichtigkeit und die dazu im Vorschlag gehabten Mittel so zahlreich, daß bei der Abstimmung über die Prinzipienfrage: ob die Kassen unter den neuen Bestimmungen, als der Kranftversicherung genügend, aufrecht erhalten werden sollen? nicht eine einzige Stimme dagegen erklarte, sondern ein im folgenden für Aufrechterhaltung wie seither votirt wurde.

Ein weiterer Beschluss ging dahin, den Beschluss des Hüttenfassentganges in Berlin, betreffend die Ausarbeitung eines Normalstatus, jetzt auszuführen. Die dazu vom Kongreß bestimmten Personen wurden verpflichtet, die Ausführung unverzüglich vorzunehmen. Um eine Verständigung zwecks einheitlichen Vorgehens bezüglich der Ausführungen der nöthig werdenden Neuerungen in den Statuten und sonstiger wichtiger Verträge über die Fortexistenz der Kassen herbeizuführen, ist die Kommission zur Ausarbeitung eines Normalstatus beauftragt worden, eine Konferenz der Vorstände der zentralistischen Kassen nach Hamburg einzuberufen. Den Tag des Bujamentritts der Konferenz festzustellen, ist der Kommission überlassen, doch soll sie in aller letzter Zeit stattfinden und sollen die betreffenden Kassen brieflich eingeladen werden.

Nachträglich wird uns noch berichtet, daß die Konferenz am Dienstag, 19. d. M., zusammengetreten soll. Einige beseitigbare Anträge sind an den Vorsitzenden der Kommission, G. Blume, Hamburg, Einsbüttel, Bismarckstraße 10, zu richten.

**Aus einer wirtschaftlichen Thermo-**  
meter bezeichnet die "Sozial-Korrespondenz" die Zahl der Durchreisenden, die sie in einer Linie von den Hüttenkassen auf dem Arbeitsmarkt, also von den guten oder schlechten Zeiten im Handwerk, Industrie und Landwirtschaft abhängt. In jedem Verein gegen Bettellei oder in jeder Naturalversiegungsstation hat man gewissermaßen einen solchen Thermometer, und die Beamten dieser Versiegungsstellen beobachten genau, wie jederzeit das Verhältniß zwischen Angebot von und Nachfrage nach Arbeit sich gestaltet. Der Dresdener Verein gegen Armentnoß ist seit dem Mai 1880 gerade hunderttausend Wandler unterstützt; bis zum Jahre 1889 war die Zahl der Pfleglinge aus Gründen, die hier nicht erörtert werden sollen, auf 3398 gefallen; 1890 stieg sie schon wieder ein wenig, nämlich auf 3088, aber 1891 ganz erheblich, nämlich auf 6315, während 978 andere vorsprechende an ihre Innung verwiesen oder sonst nicht unterstellt wurden. Wenn man die Züge nach ihren Verlusten sondert und die Jahre 1890

und 1891 vergleicht, so findet sich bemerkenswerthe Zunahme bei folgenden Gewerbezweigen: Bäcker (von 236 auf 836 gewachsen), Bau- und Maschinenarbeiter (328: 692), Bildhauer (10: 66), Garrenarbeiter (38: 74), Dienstboten (98: 149), Eisenformer und Dreher (101: 194), Klemperer (48: 147), Maler (64: 131), Maurer und Steinmetze (56: 109), Sattler (109: 231), Schuhmacher (261: 431), Schneider (163: 471), Stumpfwirker (15: 47), Tischler (243: 439) und natürlich auch die ungelerten Arbeiter (955: 1533). Wenn die Dresdener Durchreisenden nach ihrer Herkunft gefordert werden, so zeigt sich, daß die Sachsen von 778 auf 1600 gewachsen sind, die Preußen (zur Hälften Schlesier) von 1496 auf 2560, die Bayern von 155 auf 308, die sonstigen Deutschen von 410 auf 751, die Böhmen und sonstigen Deutschen von 784 auf 10109; die übrigen Ausländer von 63 auf 91.

**Beim Umbau des Nibelungen-Schlosses,** so wird uns aus Augsburgem gelernt, brach am 4. April das Gerüst zusammen. Ein Maurer und ein Arbeiter kamen dabei zu Fall, wobei der Arbeiter sich eine erbliche Kopfschuppe zog, während der Maurer seine Arbeit forsetzen konnte. Nach dem Augsburger Tageblatt soll, wie das in nach Asicht der kapitalistischen Presse immer so ist, die eigene Unwichtigkeit des Arbeiters die Ursache an dem Unglück Schuldfest sein.

**\* In Frankreich sind in der Zeit vom 1. bis 31. März folgende neue Arbeiterorganisationen gegründet worden:** In Wien: Tschechischer Arbeiter-Bildungsverein "Svornost" im XVII. Bezirk. In der Provinz: Arbeiter-Bildungsverein in Kr. Alz; Allgemeiner Arbeiter-Verein, Reichsbund, Reichsbund und Unternehmensverein in Laibach; Gewerkschaftsverein der Bauerarbeiter Kärntens in Villach; Fachverein der Bergarbeiter "Glaubau" in Neuau; Allgemeiner Arbeiter-Bildungsverein in Bruck; Fachverein der Textilarbeiter in Römerstadt; Fortbildungsbund Alt-Wiener; Arbeiter-Bildungsverein in Salzberg (Kärnten); Arbeiter-Bildungsverein für beide Geschlechter in Eisfeld; Arbeiter-Konsumverein "Svornost" in Görlitz (Böhmen); Fachverein der Bergarbeiter in Brüx; Arbeiter-Bildungsverein in Hilfertitz; Fachverein der geprägten Maschinen, Maschinenvärter und Dampfesselheizer in Jägerndorf.

**\* Der französisch erschienene Bericht Mr. Burnett's über Streiks in England enthält folgende Tabelle, die als Beitrag zu der so vernachlässigten Statistik der Arbeitslosigkeit dienen kann.**

Monat	1887	1888	1889	1890	1891
Januar	9,9	6,8	3,3	1,75	3,05
Februar	10,3	7,8	3,1	1,44	3,37
März	8,5	7,0	2,8	1,40	2,06
April	7,7	5,7	2,2	1,70	2,85
Mai	6,8	5,2	2,0	1,96	2,69
Juni	8,5	4,8	2,0	1,96	2,98
Juli	8,0	4,6	1,8	1,88	2,86
August	8,6	3,9	1,7	2,28	8,28
September	8,3	4,8	2,5	2,28	4,23
Oktober	7,5	4,4	2,1	2,06	4,48
November	8,6	4,4	1,8	2,06	-
Dezember	8,6	3,1	1,5	2,04	-

Die Zahlen beziehen sich auf eine Viertelmillion Arbeiter. Während zu Anfang 1887 fast 10 Prozent Arbeitslose vorhanden waren, waren 1891 nur 5 Prozent ohne Beschäftigung. Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der Arbeitslosen 1887: 8,43 Proz., 1888: 6,29 Proz., 1889: 2,23 Proz., 1890: 2,02 Proz. und 1891 (bis November): 3,24 Proz. Zum Verständnis dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die Jahre 1887 bis 1890 für Großbritannien eine Periode des großen wirtschaftlichen Aufschwungs darstellen. Die industrielle Reservearmee ist in diesen verhältnismäßig schwach, um in den Krisenjahren desto stärker anzuswellen. So hatte die Gewerkschaft der Fleischsmiede und Schiffsbauer im März 1890 nur 0,85 unbeschäftigte Mitglieder, während 1889 das Verhältnis noch 28 Proz. gewesen war.

**\* Auf dem internationalen Kongreß der Bergleute in London, der am 7. Juni und den folgenden Tagen in Westminster Town Hall stattfindet, waren die Maurerarbeiten an einer Brücke zu vergeben.**

### Osterbetrachtung.

**Wieder Ostern! Und was für eine!** Nicht in Schne und Eis, wie voriges Jahr, die Frühlingsonne lüthet über den Landen schon viele Tage und „auferstanden aus den Banden strenger Winters“ ist die Natur. Doch hält einen „poetischen“ Ostergruß an die lieben Leute wollte mein Freund Redakteur, der von Bielen mit Unrecht sit gar so profisch gehalten wird. Ich habe. Ach, die Osterpoesie! Ich habe ihrer so manche verbrochen, in meinen jungen Jahren und auch noch später, daß ich wahrhaftig nicht weiß, wo neuen Stoff hernehmen zu einem neuen Gedicht. Was ein Mensch zum Osterfest denten und fühlen kann im Geiste der neuen Zeit, auf losen Blättern habe ich's hinausgestochen weit in die Lande, in Nord und Süd, in Ost und West, hinaus zu den Geistern und den Herzen, die der Erziehung und des Trostes bedürfen. Mit meinem lehren Osterlied habe ich schlimme Erfahrung gemacht. Das war im Jahre 1888. Ich schrieb das Lied dem Vorgänger dieses Blattes, dem „Neuen Bauhandwerker“, und der drückte es auch ab. Aber es war eben die sozialistisch gesetzliche Zeit. Eine hohle Polizeibehörde sag durch das Lied „die Staats- und Gesellschaftsordnung gefährdet“ und konfiszierte und verbot die verbrecherische Nummer, daß Osterland wurde behördlich eingekämpft. Und das hat mir die Freude an der Osterpoesie so ganz und gar verdorben; ich habe seitdem keine poetischen Ostergedanken mehr zu Papier gebracht.

Die böse Zeit liegt ja nun hinter uns. Da mag sich's denn schon schiden, das konfektäre Ostergedicht von damals wieder aufzuleben zu lassen, minutenlang so viele, für die es bestimmt war, es nicht zu lesen bekommen haben. Hier ist's:

Der Frühlingsonne milden Strahl  
Berlingt auf's Neu' die Mutter Erde  
Natur spricht ihr allmächtig "Weid" —  
Und rings erglänzt Berg und Thal.  
Die lieben Voglein lehren wieder  
Zum alten Grün in Wald und Flur,  
In jedem ihres hellen Lieder  
Eint Freiheitslust und Freude nur.

Das ist ein schönes Aufersteh'n!  
D. daß ich fröhlich theilen könnte;  
D. mit ein guter Geist vergönnte,  
Mit heiter'm Aug den Lenz zu seh'n!  
Doch ach, mir drängt sich vor die Seele  
Des armen Volkes Noth und Leid,  
Die ungeheure Schuld und Fehle,  
Der ganze Jammer unter Welt.

Viell Millonen schrei'n nach Brot  
Und daß die Zeit sie schnöd' betrogen, —  
Allüberall kommt es gezogen,  
Das grimme Gesetz der Noth.  
Wohl mag man heut in Tempeln ehren  
Den auferstand'n Gotteshofn, —  
Doch seinen hehren Liebeslehren  
Spricht Japod. Selbstfucht stets noch höhn.

Das Kreuzigt ihn, — noch immer tönt  
Dem Freuden des Guten es entgegen,  
Noch mangelt uns der heile Segen  
Des Rechtes, der die Welt verdriht  
Noch ist mit der Wahrheit sich in Reiten,  
Gehaft, verfolgt, am Bettelsohn,  
Die grimme Woge möcht' sie beiten  
Für alle Seiten in das Grab!

Gelingen aber wird das nicht!  
Du, ew'ge Wahrheit, kannst nicht sterben,  
Dich kann die Woge nicht verbergen,  
Du siegst und hältst dein Weltgericht:  
Schon hört ich die frohen Psalmen,  
Die dir der Wart der Menschheit singt,  
Ich seh', wie sie mit grünen Palmen  
Dich, heilte Dulderin, umringt.

Ja, einmal, einmal kommt es doch,  
Mit all der schweren Noth zu Ende,  
Es nicht die große Sonnenwende,  
Die bricht des Unrechts elsig Joch, —  
Dann jubelt es in allen Landen,  
In allen Wäldern fern und nah,  
Gerechtigkeit ist auferstanden,  
Ihr hell ger Ostertag ist da!

Die höchste Forderung beließ sich auf M. 75208; eine andere auf M. 60 100; die dritte auf M. 36 458 und die letzte auf M. 20 229. Das ist zöllnig höchst und niedrigste Forderung, ein Unterschied von über M. 55 000.

Bei einer Submission auf zwei-Dose Holz zu Stammziegen zum Bau der Breslauer Uebergangsbahn standen die Forderungen zwischen M. 8294 bzw. M. 7942 und M. 3921 bzw. M. 3840. Letztere Forderung setzte ein Herr Kuhweid, der billigte M. 6348 und 5887.

Gelingt es einem Preisdrucker die Arbeit zu bekommen, so wird die „Rentabilität“ aus der Arbeit herausgehunden.

In Kjöge (Dänemark) haben sämmtliche Maurer und Zimmergesellen die Arbeit niedergesetzt, um die Meister die geforderte Lohn erhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit ablehnen.

\* In Österreich sind in der Zeit vom 1. bis 31. März folgende neue Arbeiterorganisationen gegründet worden: In Wien: Tschechischer Arbeiter-Bildungsverein "Svornost" im XVII. Bezirk. In der Provinz: Arbeiter-Bildungsverein in Kr. Alz; Allgemeiner Arbeiter-Verein, Reichsbund, Reichsbund und Unternehmensverein in Laibach; Gewerkschaftsverein der Bauerarbeiter Kärntens in Villach; Fachverein der Bergarbeiter "Glaubau" in Neuau; Allgemeiner Arbeiter-Bildungsverein in Bruck; Fachverein der Textilarbeiter in Römerstadt; Fortbildungsbund Alt-Wiener; Arbeiter-Bildungsverein in Salzberg (Kärnten); Arbeiter-Bildungsverein für beide Geschlechter in Eisfeld; Arbeiter-Konsumverein "Svornost" in Görlitz (Böhmen); Fachverein der Bergarbeiter in Brüx; Arbeiter-Bildungsverein in Hilfertitz; Fachverein der geprägten Maschinen, Maschinenvärter und Dampfesselheizer in Jägerndorf.

\* Der französisch erschienene Bericht Mr. Burnett's über Streiks in England enthält folgende Tabelle, die als Beitrag zu der so vernachlässigten Statistik der Arbeitslosigkeit dienen kann.

Monat	1887	1888	1889	1890	1891
Januar	9,9	6,8	3,3	1,75	3,05
Februar	10,3	7,8	3,1	1,44	3,37
März	8,5	7,0	2,8	1,40	2,06
April	7,7	5,7	2,2	1,70	2,85
Mai	6,8	5,2	2,0	1,96	2,69
Juni	8,5	4,8	2,0	1,96	2,98
Juli	8,0	4,6	1,8	1,88	2,86
August	8,6	3,9	1,7	2,28	8,28
September	8,3	4,8	2,5	2,28	4,23
Oktober	7,5	4,4	2,1	2,06	4,48
November	8,6	4,4	1,8	2,06	-
Dezember	8,6	3,1	1,5	2,04	-

Die Zahlen beziehen sich auf eine Viertelmillion Arbeiter. Während zu Anfang 1887 fast 10 Prozent Arbeitslose vorhanden waren, waren 1891 nur 5 Prozent ohne Beschäftigung. Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der Arbeitslosen 1887: 8,43 Proz., 1888: 6,29 Proz., 1889: 2,23 Proz., 1890: 2,02 Proz. und 1891 (bis November): 3,24 Proz. Zum Verständnis dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die Jahre 1887 bis 1890 für Großbritannien eine Periode des großen wirtschaftlichen Aufschwungs darstellen. Die industrielle Reservearmee ist in diesen verhältnismäßig schwach, um in den Krisenjahren desto stärker anzuswellen. So hatte die Gewerkschaft der Fleischsmiede und Schiffsbauer im März 1890 nur 0,85 unbeschäftigte Mitglieder, während 1889 das Verhältnis noch 28 Proz. gewesen war.

\* Auf dem internationalen Kongreß der Bergleute in London, der am 7. Juni und den folgenden Tagen in Westminster Town Hall stattfindet,

Nicht wahr, ein schrecklich „gemeingefährliches“ Lied, kein garstig, ein politisch Lied. Hoffentlich hält die Staats- und Gesellschaftsordnung es noch aus. Nicht eher wird, ja die Gerechtigkeit ersinnen, bis der wahre Menschen erstanden ist. Auch die Mahnung daran war im Jahre 1888 noch gemeinfährlich; wenigstens wurde ein Artikel, den ich hinter das mitgebrachte Gedicht gesetzt hatte und der diese Mahnung zum Ausbruch brachte, mit konfisziert. Es kann nicht schaden, auch ihn auferzehen zu lassen aus der großen Mappe, die so manchen lebendigen Todten noch birgt:

„Die ägyptisch-griechische Mythologie erzählt von einem wunderlichen Ungeheuer, der dem Hase der Götter entstammte: Sphynx, welche geflügelten Leibes das Land durchstreift, mit schrecklichen Gelängen ein Rätsel vortragend, von dessen Deutung Leben und Tod abhängt. Die Sphynx selbst erklärt, daß sie bereit sei, von der Gasse des Berges, auf dem sie ihren Sitz hatte, sich in den Abgrund niederguzulassen, wennemand den dunklen Sinn ihres Spruches treffe. Und was war des Rätsels Lösung, das das Ungeheuer sich wirklich in den Abgrund stürzte, was war das Baumwort, welches er aussprach? „Es ist der Mensch“, so lautete die Lösung.

Eine Mythe voll tiefen Sinnes, — in der Sphynx ist die unauslösbar sich entwidelnde Zeit verkörpert. Aus dieser Entwicklung erwachsen die Rätselstagen an die Menschheit, alle die großen sozialen Fragen — und durch die Beantwortung dieser Fragen bestimmen sich Menschenzustand und Nationen ihr Schicksal: Untergang in Dual und Eind, oder neues, besseres Leben auf einer höheren Stufe der Kultur.

Das Gelingen der Lösung wird ausgedrückt durch daß rührige Dichterschreiten der Menschheit mit der Zeit, indem deren Forderungen erfüllt werden; das Wollen durch den Gegenseit wider den Strom der Zeit, welcher Gegenrat aber immer ein nüchtern ist und nichts mit sich bringt, als ein Dichterschreiten der Zeit über die Menschheit und deren Glieder.

Ja, die soziale Frage ist die moderne Sphynx, die keine leichtfertige, thörichte und unrichtige Antwort duldet, vielmehr eine gründliche und

wird der deutsche Bergarbeiter-Verband, wie ein Telegramm aus Döbendorf meldet, die Führung därfürlicher Telegramme und einer Geheimschrift zur Streitzeit beantragen. Die deutschen Delegirten Schröder und Meyer durften auf dem Kongress ziemlich stark hervortreten, nachdem sie bei den Knappmachtswochen nennenswerte Erfolge erzielt haben. Herr Schröder hat übrigens am 30. März eine Gefängnisstrafe von 30 Tagen angebrochen, um zur Zeit des Kongresses wieder frei zu sein. Mit den Vorberatungen des Kongresses sind die Herren B. Pickard und Barnsley-Porkshire beauftragt worden; um die Ausgaben des Kongresses zu decken, hat man zu dem Mittel gegriffen, von jedem Delegirten einen Eintritt von 10 Pf. zu erheben. Das außer aus Deutschland auch Delegirte aus Frankreich, Belgien und Österreich kommen werden, ist ganz zweifellos. Die Kostenverhältnisse bei den deutschen Bergleuten sind gerade nicht sehr günstig; aber so viel Geld ist immer noch zuviel mengenbraucht worden, um für eine Vertretung ihrer Interessen auf den Kongressen zu sorgen. In Österreich erlaubt, um die Kosten für zwei Delegirte zusammenzubringen, ein Komitee einen Aufruf, in dem es heißt: "Ohne Kohle gibt es keinen Dampf, und ohne Dampf stehen alle Räder".

### Urtheile über den Gewerkschaftskongress.

Wasser auf die Mühte der Berliner Verfechter der politischen Votationsorganisation sind, wie vorausgesehen haben, die Bewährungen gegnerischer Blätter, den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses eine gute Seite abzugewinnen. Kreisen diese Blätter schon solchen Unzug, so ist der anderweitige Unzug, den jene Berliner Herren sich daraufhin zu Schulden kommen lassen, doch noch größer. Sie hatten zum 8. April eine Versammlung aller Gewerkschaften Berlins und Umgegend berufen. Wenn diese Gewerkschaften nicht mehr gesetzungsähnliche und aufgelöste Arbeiter aufweisen, als die Versammlung Theilnehmer zählte, so würde es traurig um sie gestellt sein. Ein Herr Sparfeld meinte: Charakteristisch sei es, daß das Organ der Hirsch-Dürscher Gewerkschaft die Beschlüsse des Halberstädter Kongresses mit Freuden begrüßt und die Hoffnung ausgesprochen habe, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen würden in ihr Lager hinübergehen.

Dass Herr Sparfeld diese ältere Folgerung des "Gewerlveterin" für so charakteristisch hält, daraus auf die "Werwertlichkeit" des Kongressbeschlusses zu schließen, ist sehr charakteristisch für ihn.

Schlimm sehr schlimm ist es, wenn sogenannte "zielbewußte" Arbeiter den Gegnern helfen im Trudeln zu fliegen, wie das in der erwähnten Berliner Versammlung geschehen ist. Es wurde in derselben, nach dem Bericht des "Vorwärts" gegen einen starke Minorität folgender Beschluss zu Stande gebracht:

"Die heutige öffentliche Versammlung der Gewerkschaften Berlins drückt ihre entschiedene Missbilligung über die Ablehnung der von den Vertretern der Vertrauensmänner-Zentralisation gefestigte Resolution aus und bedauert sehr, daß die Mehrzahl der Verbandsvertreter durch diese fanatische, einseitige Haltung die Streitigkeiten über die zweckmäßige Organisation nicht nur nicht abgeschwächt, sondern geradezu heraufbeschworen hat. Trotz allem sind jedoch die Umliegenden bereit, bei vor kommenden Wahlkämpfen, gleichviel ob von Anhängern des Verbands oder vom Vertrauensmänner-System unternommen, sich mit allen Arbeitern, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, und uns die Solidarität bewahren, solidarisch zu erklären und mit ungeschwächter Kraft das untreue Arbeiterschaft ausbe-

tende Kapital zu bekämpfen und durch Aufklärung der indifferenteren Massen den Weg zur endgültigen Befreiung der Arbeiter vom Sklaverei zu ebnen!"

Am-Tam-Bombast! Gewohnte Sanitätswarenmuß! Selbstverständlich hatten die Herren-Votationsorganisationen, um diesen Beschluss zu Stande zu bringen, ihre ganze "Macht" auf die Beine gebracht, während der größte Theil der Anhänger der Zentralisation, des untrütbaren Gegentes, müde, es vorgezogen hatte, der Versammlung fern zu bleiben. Nicht, wie Arbeiter Berlins haben sich für die thörichte Resolution begeistert, sondern eben nur die geringe Zahl der Anhänger der bekannten oppositionellen Richtung.

Mit Recht nimmt das "Correspondenzblatt" der Generalkommission Stellung gegen einen derartigen Unsug.

Raum sind die Verhandlungen des Kongresses beendet und die Vorgänge und gesetzten Beschlüsse einigermaßen der Gelämmtheit der Arbeiter zum besten Verständnis gelommen, als auch schon von allen Seiten, nicht etwa nur von den Gegnern der freien Regierung der Arbeiterschaft, von den Angehörigen der bürgerlichen Parteien, sondern auch von den Anhängern der Arbeiterspartei in ausgedehntester Weise kritisiert wird. Niemand wird in Abrede stellen können, daß die Kritik nur dazu dienen kann, gemachte Fehler für die Zukunft zu vermeiden oder nach Möglichkeit in der Gegenwart zu korrigieren, wenn es sich bei den in Frage kommenden Kritikern darum handeln würde, Befehls als Kritik und nicht gegeben, Kritik und nicht als Kritik und nicht könnten wir stehen bleiben. Das muß mit Erringen eines schlechten Erfolgs stellen, das ist auch der Grundgedanke in dem gedachten Klassif., der unter diesen Umständen aber nur zu einer Verwirrung, nicht aber zu einer Klärung der Meinungen führen kann. Und auf letzteres müßte es jedem über die Gewerkschaftsorganisation eigentlich Denken, doch vor allen Dingen ankommen. Eingangs spricht der Verfasser davon, daß die Verhandlungen des Kongresses gezeigt haben, was unsere gewerkschaftliche Bewegung noch nicht selbst kann. Eine solche Nebedenfung ist eben so unklar wie zu dieser Bedenfung Beratung gehend. (Speziell auch über diese Nebedenfung haben wir uns in vorheriger Nummer unseres Blattes ausgesprochen Red. d. "Grundstein")

Wann in allen Welt will man dann aber den Gewerkschaften, deren gegenwärtige Aufgabe in der bürgerlichen Gesellschaft liegt, die nothwendige Leistungsfähigkeit zuvertrauen? Wenn wir fortfahren wollen, auch für die Gewerkschaften nur in die Zukunft zu blicken und uns nicht mit dem augenblicklich Möglichen begnügen und auf dem Erreichten weiter bauen wollen, dann dürfte die Zeit über die Organisation hinausziehen, ohne daß sie jemals dazu kämen, auch nur annähernd ihren Zweck zu erfüllen. Die Partei würde wesentlich an ihrem revolutionären Charakter Endnuß erleiden, wenn sie mit ihrer Thätigkeit aufzugebene Boden in der bürgerlichen Gesellschaft zu finden sucht. Diese praktische Thätigkeit sollte eine Aufgabe der Gewerkschaften sein, deren Verstreben durch die Gesetzgebung der nötige Altherden gewährt wird. Es bedarf wohl nach den oft von uns in unserem Blatte gegebenen desbezüglichen Erklärungen kaum einer Auseinandersetzung, wie diese beiden Faktoren neben- und miteinander zu wirken haben. Will man die Gewerkschaftsorganisation auch in jenen Parteikreisen zur Entwicklung gelangen lassen, dann muß jede falsch zu deutende Erklärung vermieden und, fügend auf dem Erreichten, wenn es auch noch so winzig ist, für weiteren Fortschritt gefördert werden.

Der Plan der Kongreßbeamter ist nicht, wie der "Vorwärts" annimmt, nur auf dem Papier stehen geblieben, sondern wird durch die Kartellvertreter der verwandten Berufsorganisationen zur praktischen Durchführung gelangen. Ob es nach dem Beschluss des Kon-

grundsatzes der Gewerkschafts-Reformer aus Durchwenden sich die moderne Sphinx, sondern einzig und allein an die streng, unerbittliche Gerechtigkeit, die da erfordert: Der Mensch soll frei sein und glücklich unter der Herrschaft wahrhafter, Gerechtigkeit und einer Ordnung, beren höchsten Gesetz die Volkswohlfahrt nach Maßgabe des Segens der Arbeit ist. Die Sphinx will als Lösung die Anerkennung und praktische Verhüttung der über-äußerlichen Feste der Arbeit, ihrer Ursprünge auf materielles Wohl, auf Bildung, Wissen, auf alle die großen und herrlichen Errungenchaften der Kultur, deren einzige Quelle sie ist. Eine andere Lösung gibt es nicht!

Soll das Menschenreich seine Auferstehung feiern, so muß der Mensch die Unmenschlichkeit überwinden, im Utrecht, in Roth, in Elend, im Kriege Alter gegen Alle sich offenbart. Aber nur dann wird der große Sieg der Humanität und Vernunft erfolgen, wenn die Arbeiter eingedenkt sind, daß sie den Beruf haben, die Träger der Erlösungsidee zu sein, und wenn sie von diesem erhabenden Bewußtsein ihr ganzes Verhalten, ihre Denken und Fühlen, ihr Thun und Lassen bestimmen lassen. Schon Lassalle rief den Arbeitern zu, daß ihnen von dem Augenblick an, wo sie ihre welthistorische Mission begriffen haben, nicht mehr die schlimmen Eigenschaften der Unterdrückung ziemten. Unter all diesen Eigenschaften ist die Gleichgültigkeit gegen sich selbst, das eigene Recht und die eigene Würde, gegen die großen Aufgaben der Welt eine der schlimmsten. Sie ist noch so stark verbreitet im Arbeiterstande, daß man unausgelebt rufen müßte:

"Vom Himmel hinweg den Unhold,

Den Dämon auf' der Welt,

Das schläfrig lahme Scheusal,

Genannt: Gleichgültigkeit."

Ihr Freunde und Genossen, Mützelpfer für die gute Sache ringsum im deutschen Lande: die Zeit der Roth, die Roth der Zeit, sie lastet schwer auf Euch. Der grimmige Winter steht, aber nicht das grimmige Elend; die Frühlingssonne lacht, aber sie bannt die Wolken der bangen Sorge nicht, bis ja vieler Millionen Auge umdämmern. Straßburg

Nicht am blauen Himmel — und die Herzen voller Weh! Ist's nicht zum Verzagten? Nein, und immerdar nein! Wir hätten auch die Seiten darüberhin noch sich anlassen mögen. Ihr durft nicht verzagen! Das Volk der Arbeit muß ausharren im Leid wie im Kampf. Monds Golgotha schon hat die Menschheit überwunden, weshalb sollte sie erliegen unter dem Geschid, was ihr jetzt beschlieft? Geläutert in der Schule schweren Leides, soll die Arbeit in das Reich der Lebens treten, wo die Sonne selbstgebasteten Glücks ihr strahlt. Vertraut der Gegenwart! Sie wird die Sünde der Vergangenheit und Gegenwart tilgen! Sollte es leichter sein, zu glauben an das "bessere Fenster", das Reich über den Sternen, als an die bessere Zukunft der Menschheit, an den besseren Staat, die bessere Gesellschaft, das irdische Reich vollendetes Gerechtigkeitsideal? Lasset bilden Thoren und berechnende Egoisten dagegen sagen, was sie wollen; ich sage Euch: noch ist keiner als ein falscher Prophet befunden worden, der an das Edle und das Beste der Menschheit glaubt. Nicht "vom Himmel" kann Erbahrung kommen, die Menschheit muß mit eigenen Händen erlämpfen sich ihr irdisch Döös. So kämpft, Freunde, kämpft; schaart Euch enger um des Menschenums leuchtendes Panier! Der Obergolden ehr'ner Klang, er sei Euch Mahnung, die Schlöser aufzurütteln aus witem Traum, daß sie das Licht der Erkenntnis schauen und treu Mützelpfer werden.

In diesem Geiste, Euch geboten zum Ostergruß, feiert Euer Osterfest!

### Ginnspruch.

Voran erkenn' des Mannes wahren Werth,  
Dass er im Unglück groß, im Glück stets bescheiden,  
Im Glück dulden starr, und mäßig ist in Freuden,  
Trau nimmer Dem, der eitel prahlt und schwört.

grettes „Kartellverträge“ heißt, bei denen der Vorstand einer der beteiligten Organisationen die Durchführung des Vertrages übernimmt, oder ob eine „Unterordnung“ geschaffen werden wäre, in der alle beteiligten Organisationen unter einer gemeinsamen Vertretung ständigen würden, kann gleichzeitig sein, Zweck und Durchführung heraußen auf denselben Gedanken und auch der Erfolg dürfte wenig anders ausfallen. Genug wenig ist die Furcht des Artikelbeschreibers begründet, wenn er eine Vahmierung der gesammten Gewerkschaftsorganisation darin sieht, dass glaubt, dass einmal die Staatsanwaltschaft das Haupt der Verbindung, die Unions- oder Zentralleitung, greifen könnte. Der Verfasser scheint eine schlechte Meinung von den deutschen Arbeitern zu haben, denn die Befürchtung steht voraus, dass jeder Einzelne als Selbstständigkeit, eigenes Handeln und Denken verliert und nur wie zu einem allmächtigen Faktor zu der Zentralleitung der gesammten Organisation ausbildungt. In einem Polizeistaat ist alles möglich. So könnten unsere Gegner eines Tages auf den Gedanken kommen, durch gefälsigte Organe, an denen in Deutschland sein Mangel ist, den Parteivorstand für irgend etwas erklären zu lassen, und ihn in der Ausübung seiner Tätigkeit zu hindern. Sicherlich wäre es, zu glauben, dass dadurch die Partei irgendeine Aktionsfähigkeit einbüte leidet würde. Oder sollte dies etwas Anderes sein? Man kann wohl bei eingernehmten Bindungen etwas Anderes aus den beiden Körperschaften machen wollen, im Grunde aber, das ist unbestreitbar, würde der Erfolg oder richtiger Misserfolg derlei bleiben. Wir haben uns nie einer Illusion darüber hingeben, und dieses auch oft ausgedrochen, dass es nicht möglich ist, auf Grund unserer Geschäftsbücher die Organisationen zu vernichten, halten aber auch jede andere Form, die einen zentralen Charakter trägt, dagegen nicht gehabt. Diese Einsicht kann und darf uns aber nicht hindern, das irgend geistig Zulässige durchzuführen. Wie können doch unmöglich warten, bis es unserer Bourgeoisie einmal belieben sollte, in einer schwachen Stunde bessere Vereinigungen zu geben.

Man wirft den Kongressteilnehmern vor, dass sie mehr nach der Form als nach dem Wesen seien, vergift aber, dass die Schuld hieran weniger die beteiligten Personen, als die vorhandene Vereinsgesetzgebung trifft. Könnten wir ohne Rücksicht auf diese eine Verbindung der Einzelorganisationen schaffen, so wäre es über die Form keinen Streit, denn alle Gewerkschaften, ob Zentral- oder Zentralorganisation vertretend, sind sich darüber einig, dass wir zusammenarbeiten müssten. Man würde also Seden im engeren Kreise vorläufig nach seiner Meinung wirken lassen und die Einzelorganisationen nur zu bestimmter Beitragsteilung verpflichten, dann würde allmälig eine volle Vereinigung zu einer schlagfertigen Organisation erfolgen. Wie aber müssen in den Zentralvereinen die Politik meiden, die Anhänger der Zentralorganisation wollen sie unabdingt in der Gewerkschaft haben, deswegen können auch nur die Organisationen zusammenarbeiten, die sich für das Erste entschieden haben. Auch wir sind der Ansicht, dass in furter Freit die Zentralorganisationen in den Zentralvereinen aufgehen werden, wozu aber erst die Kraftverschwendungen in den getrennten Organisationen, wenn es möglich ist, durch gegenseitige Auseinandersetzung und Belehrung die Verschmelzung zu beschleunigen. Deswegen war die lange Debatte über die Organisationsform nicht zum Schaden der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung.

Zum Schluss hält der Artikelbeschreiber jede Ausarbeitung von weitaus schauenden Organisationsplänen für unnötig und empfiehlt zunächst, die Massen zu organisieren, vergift aber hierbei, dass dem ganzen Organisationsplan hauptsächlich dieser Gedanke innewohnt. Durch gemeinsame Agitation in den einzelnen Industriegruppen soll diese wichtiger erfolgen, intensiver, mit mehr Mitteln, als es der Einzelorganisation möglich ist. Durch Berührung und damit verbundener Verbesserung der Gewerke soll ihr bestreiter Schulung und Bildung der Arbeiter gezeigt und das Verständnis für die Notwendigkeit der Organisation erhöht werden. Durch gegenseitige Unterstützung im Ausland soll der Widerstand der einzelnen Organisationen gehoben, das Vertrauen der Mitglieder zu denselben geweckt und der indifferente Arbeiter herangezogen werden. Dieses Alles ist doch aber nichts Anderes, als das Bestreben, die Massen zu organisieren.

Wenn der Kongress auch nicht alle Erwartungen erfüllt hat, so ist das eben nicht zu ändern; es ist aber besser, wir beginnen und mit dem Wenigen, was erreicht worden, als dass wir hochgehende Verschlüsse nicht durch führen sehen würden. Jedenfalls verdient der Kongress nicht eine Kritik, wie sie der erwähnte Artikel enthält. Da wir gegen den Artikel des Zentralblattes der Partei polemisierten, geliebt nicht deshalb, um einen Gegensatz zwischen den Befreiungen der Partei und Gewerkschaft zu erzeugen, sondern um unsere Freunde, die ihre Kraft ausschließlich der politischen Tätigkeit widmen, daran zu mahnen, dass sie es nicht dabei bewenden lassen, auf den Parteitagsgesetzes zu fassen, dass die Gewerkschaften sich zentralisieren sollen, sondern dass sie den Befreiungen zur Durchführung dieser Verschlüsse ihre Sympathie entgegenbringen. Wenn unsere politischen Freunde weniger abhängig über unsere Handlungen urtheilen werden, dann dürfen wir bald darin kommen, uns vor unseren Feinden selbst schützen zu können.

### Staatliche Genehmigung von Auslandsklassen.

Die preußischen Ministerien des Innern sowie für Handel und Gewerbe haben in einem den Auslandsversicherungsverein der niederrheinisch-westfälischen Bechen betreffenden Bescheid folgendes ausgesprochen:

Die staatliche Genehmigung des genannten Versicherungsverbandes erfordert so lange nicht unbedingt, als die Entscheidung über die Anerkennung der Entschädigungsansprüche lediglich einem Organe des Verbandes überlassen bleibt, umso mehr, als die ursprünglichen Satzungen des Verbandes infolge der Nachgiebig-

keit einer Rechts während des Ausstands im Frühjahr 1890 späterhin durch Abfall 4 in Art. 2 eine Ergänzung gefunden haben, durch welche der Anspruch auf Schadensersatz für den Fall ausgeschlossen wird, dass die Rechte der Forderungen der Belegschaft, deren Ablehnung den Ausstand veranlaßte, nachträglich befreit werden, oder die Beendigung des Ausstands durch Maßnahmen herbeigeführt, welche im regelmäßigen Betriebe nicht stattgefunden haben würden. Durch diese Bestimmung soll ein übereinstimmendes Verhalten der Bechen in der Richtung geschafft werden, dass bei Ausständen die Nachgiebigkeit gegen die Forderung der Arbeiter er schwert wird. Haben die Verbandsorgane einmal den gegen den Ausstand geleisteten Widerstand als berechtigt anerkannt, so werden die ausständigen Bechen verpflichtet sein, bei ihrem Widerstand zu beharren und im Falle der Nachgiebigkeit durch Verlust ihrer Ansprüche auf Schadensersatz für die ganze Auslandsversicherung bestraft werden. Dieses ist die Kommission bestimmt, dass nicht die Beendigung, sondern die Fortdauer des Ausstands und widerstehen zwar nicht dem Wortlaut und Sinne des § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung, wohl aber der Absicht dieser Gesetzesbestimmung, welche den Rückzug von solchen Versicherungen möglichst erleichtern will. Die Gefahren einer solchen Vereinbarung, wie überhaupt einer Auslandsunterstützung, deren Eintritt ausschließlich in das Erreichen der Verbandsorgane gestellt wird, mögen von geringerer Bedeutung sein, wenn es sich um Auslands-Versicherungen der Arbeiter als wenn es sich um Versicherungen der Arbeitgeber handelt. Nichtsdestoweniger führt die Notwendigkeit, Arbeitgeber und Arbeiter nach gleichen Grundsätzen zu behandeln, dahin, dass einem Auslandsversicherungsverband von Arbeitgebern die staatliche Genehmigung nicht unter Be dingungen ertheilt werden kann, unter denen einen gleichartigen Verein von Arbeitern diese Genehmigung würde versagt werden müssen.

Die staatliche Genehmigung von Auslandsversicherungsvereinen ist gleichmäßig gegenüber Arbeitgebern und Arbeitern an folgende Bedingungen zu knüpfen:

- Die Satzungen müssen Fürsorge treffen, dass Entschädigungen oder Unterflüsse nur an jene Teilnehmer gezahlt werden, welche nachweisen, dass sie über die Streitigkeiten, durch welche der Ausstand ausgelöst worden ist, ein Einigungsverfahren vor dem zuständigen Gewerbebericht beantragt haben, dieses Verfahren aber infolge der Weigerung des Gegners nicht zu Stande gekommen ist, oder ohne Verschulden des den Anspruch Erhebenden, zur Beilegung des Streits nicht geführt hat. In Fällen, in denen ein zuständiges Gerichtsgericht nicht vorhanden ist, muss der Nachweis geführt werden, dass der Verlust, ein Einigungsverfahren auf einem anderen, näher zu bezeichnenden Wege gemacht worden und ohne Verschulden des den Anspruch Erhebenden erfolgt geblieben ist;
- der Aufsichtsbehörde muss die Befugnis eingeräumt werden, von allen Verhandlungen, Büchern und Rechnungen der Kasse selbst oder durch einen Kommissar Einblick zu nehmen. Die Kasse hat jährlich einen Rechnungsbuchführer vorzulegen, aus welchem die Zahl der Mitglieder, die vereinahmten Beiträge und die geleisteten Unterflüsse zu ersehen sind.

Dem Auslands-Versicherungsverbande zu Essen kann daher mit Rücksicht darauf, dass die Errichtung eines Berggewerbeberichts für die Steinholzbezirke des Oberbergamtsbezirks Dortmund in nächster Zeit erfolgen wird, die staatliche Genehmigung erst ertheilt werden, wenn in seinen Satzungen nachfolgend bestimmungen Aufnahme gefunden haben:

- Ein Entschädigungsanspruch darf nur anerkannt werden (Art. 7 und 9), wenn die ihn erhebende Bechenvorstellung nachweist, entweder, dass sie zur Beleidigung der Streitigkeiten, welche den Ausstand herbeigeführt haben, das Berggewerbebericht als Einigungsamt angesehen, ein Einigungsverfahren vor diesem infolge der Ablehnung der Arbeiter nicht stattgefunden hat (§§ 61 und 62 des Reichsgesetzes, betreffend die Gewerbeordnung vom 29. Juli 1890) — oder, dass ein Einigungsverfahren zwar stattgefunden, aber weder zu einer Einigung (§§ 61 a. o. L.) noch zu einem Schiedsgericht (§ 67 a. o. D.) geführt habe — oder, dass die Unterwerfung unter einen dem Einigungsamt abgegebenen Schiedsgericht nicht von der Bechenvorstellung verwirkt worden sei (§ 68 a. o. L.).

- Der Verband muss dem Oberpräsidenten jährlich einen Rechnungsbuchführer vorlegen, aus welchem die Mitglieder, die vereinahmten Beiträge und die geleisteten Unterflüsse zu ersehen sind. Der Oberpräsident ist befugt, selbst oder durch einen Kommissar von den Verhandlungen, Büchern und Rechnungen des Verbandes Kenntnis und Einsicht zu nehmen.

Mit diesem Erlass hat das vielfachstreitige Streitrecht der Arbeiter allerdings eine „amalische Anerkennung“ erlangt, aber doch nur eine sehr bedingte.

Seit Jahren ist dieses in der Berggewerbeordnung gewohntestes Recht bekanntlich behördlichen Eingriffen ausgesetzt gewesen, die nicht selten ein geradezu illogisch gemacht haben. Arbeiter und Unternehmer wurden dem Recht zum Höhn, mit zweierlei in Wohl gemessen. Die Fonds der Unternehmer, welche dazu bestimmt waren, dem Kampfe gegen die Arbeiter zu dienen, ließ man unangefochten. Aber die Unterwerfung, bzw. Streitklassen der Arbeiter hat man als staatlisch zu genehmigende Versicherungsanstalten zu behandeln und ihnen damit die Erfüllung unmöglich zu machen versucht. Ja, mehr noch: die Behörden haben solche Arbeitsklassen konfisziert und ihre Verwaltung unter dem Vorzeichen, dass sie ein „politischer Verein“ seien in Ansicht gebracht. Besonders unter dem Putzamerischen Regierung griffen die unerhörtesten Quertriebereien gegen die Arbeiterkoalitionen Blas. Man denkt an den berüchtigten Putzamerischen Streit.

Erlass vom Jahre 1886, den sein Urheber mit der Beihaltung zu rechtfertigen versucht, hinter jedem Streit geschrieben habe, dass ich erst seit 1877 hier ansässig bin,

säure die „Hydra der Revolution“. Auf Grund dieses Erlasses gewöhnte sich an vielen Orten Deutschlands die Verwaltungspraxis daran, das reichsrechtlich anerkannte Streitrecht der Arbeiter noch weniger als vorher zu achten.

Die Arbeiter haben gegenüber dieser Praxis des Unrechts weder Stand gehalten und ihr gutes Recht allen Quertriebereien und Drangalitäten zum Trotz befreidigt. Nun ist man ähnlich an maßgebender Stelle in Berlin zu der Überzeugung gekommen, dass mit dieser Urteile zu rechnen sei. Unternehmer und Arbeiter sollen nach gleichen Grundsätzen behandelt werden. Aber damit ist noch unserer Überzeugung die Rechtsfrage ob Auslandsklassen überhaupt als staatlisch zugelassene Versicherungsanstalten zu erachten sind, nicht entschieden. Wir unterschreiben die Kritik, welche das Hamburger Echo an dem Erlass übt; sie geht dahin, dass derfelbe, soweit er die Tendenz hat, eine Genehmigungspflicht für Auslandsklassen zu konstruieren, entschieden zu rücksichtswert ist. Jede Auslandsklasse, jede Kasse überhaupt, welche den im § 152 der Gewerbeordnung gedachten Zwecken dient, ist ein interessanter Theil der reichsrechtlich gesetzten, keiner behördlichen Bevormundung unterworfenen Koalition. Wie diese keiner behördlichen Genehmigung bedarf, ja nicht einmal den vereins- und versammlungsgesetzlichen Bestimmungen unterworfen ist (rechtlich wenigstens nicht), so ist auch die Aufbringung und Verwaltung der Geldmittel, die zur Errichtung ihrer Zwecke dienen, nicht von einer solchen Genehmigung abhängig. Es würde ein juristischer Nonsense, sondern Gleichen sein, zu sagen: Ihr Arbeiter habe die unbedingte Freiheit, zu streiken, wolle Ihr aber Klassen gründen, um überhaupt streiken zu können, so darf Ihr das nur mit behördlicher Genehmigung. Das heile ja geradezu, den Streit selbst, die Ausübung des Koalitionsrechts von der Genehmigung der Behörde abhängig machen.

Gegen jeden Versuch, ein derartiges Verhältnis zu konstruieren, ist die schärfste Opposition geboten.

Sieht man von dieser prinzipiellen und rechtlichen Erwägung ab, so kann man allerdings zugeben, dass der ministerielle Erlass um deswillen Anerkennung verdient, weil er die seitherige Praxis, die sich tendenziös gegen die Arbeiter richtete, die Unternehmer aber unbekämpft ließ, aufhebt. Es soll nach gleichen Grundsätzen gegen beide Theile verfahren werden; die Gefahr willkürlicher Auflösung und Beichlagnahme von Arbeitern-Auslandsklassen schneidet ausgeschlossen zu sein.

Aber wir möchten den Arbeitern in Preußen raten, sich durch diese Biegungsnäthe nicht verteilen zu lassen, sich im Gegenzug zum Koalitionsrecht konstruierte Genehmigungspflicht dadurch anzuwenden, dass sie dieselbe in Rücksicht auf ihre Streitklassen anzuwenden. Sie sollen das nicht thun, vielmehr feststellen auf dem Grundsatz, dass zur Freiheit der Koalition auch die Freiheit der Auslandsklasse gehört. Die Arbeiter dürfen sich nicht scheuen, es, wenn nötig, auf den Kampf mit den Behörden ankommen zu lassen; sie dürfen den behördlichen Begriff „Auslandsversicherung“ nicht auf ihre Streitklassen anwenden oder anwenden lassen. Und das geschieht dadurch, dass sie vermeiden, einen klaren Anspruch auf Unterwerfung zu konstruieren, dass sie nur mit der freiwilligen Unterwerfungsteilung rechnen.

Wir haben diesen Standpunkt stets vertreten und werden ihn auch in Zukunft wahren.

### Die Käse lässt das Mansen nicht.

und die Regierungsbaumeister a. D. Kehler in Berlin mit das Völker und Werkzeugen. Was er in dieser edlen Kunst zu leisten vermag, dürfte den Lesern dieses Blattes bekannt sein. Jetzt hat er wieder ein Meisterstück der Völker und Werkzeugen geliefert. Die bösen Hamburger haben es ihm belästlich hart angehauen; auf sie hat's dieser verächtliche politische Auseinander ganz besonders gepaßt, so auch auf den Unterzeichner. In der zweiten Beilage des „Vorwärts“, Nr. 82 vom 6. d. M., ist ein Bericht über eine in Berlin stattgehabte Gewerkschaftsversammlung, welche über die Kongressbeschlüsse verhandelte, abgedruckt. Darin kommt folgendes Stell vor:

„Gustav Kehler meint, diese Beschlüsse seien ja null und nichtig, sie werden gar keinen praktischen Erfolg haben.“

Den Zentralverbänden fehle die Möglichkeit, die Individuen heranzuziehen; das Thema, welche die Kapitalisten zu wählen hätten, läuft fast, weil es unpolitisch sein müsse. Ihnen, dem Redner, habe Legion vorgeholt, dass er vor einer Reihe von Jahren Vertrautemann der feindlichen Partei gewesen sei. Das sei richtig, er genüge sich nicht einzugeben, dass er seitdem gelernt habe. Über an der Seite Legion's sie Einer (Dammann), der damals als Streitbrecher nach Hamburg ging. Redner schließt mit den Worten: lassen wir die Gewerkschaftsbewegung wie sie ist treiben; wir vor allen Dingen nicht das Spiel, wie es jetzt in Hamburg vor sich geht, wo man die noch eingerahmten kräftige Töpferorganisation zerstört.“

Was der längst als ganz gemeiner politischer Bushlepper entlarvte Kehler, der sich in die Arbeiterbewegung einmisst, als er in der „besseren“ Gesellschaft abgeworfen ist, weißt nicht, ob er sich von den Kongressbeschlüssen hält, ist mir, wie der erledigten Massen der sozialpolitisch aufgelösten Arbeiter, sehr gleichgültig. Bis jetzt hat er jedenfalls noch nicht gelernt, worin die Pflichten der Ehrenhaftigkeit und des Anstandes bestehen. Daraus tritt allerdings die Arbeiterbewegung keine Schuld, sondern ein notorisches schlechter Charakter, der vor seiner Nichtigkeit zurücktritt. Was der Regierungsbaumeister a. D. über die „Hamburger“, speziell auch über mich, schon Alles zusammengelogen hat, ist bekannt. Jetzt soll ich seiner neuesten Lüge nach gar als Streitbrecher nach Hamburg gekommen sein. Dazu erkläre ich, was ich auch dem „Vorwärts“ geschrieben habe, dass ich erst seit 1877 hier ansässig bin.

Von 1877 bis heute hat hier nur ein Maurenstreich stattgefunden, und zwar im Jahre 1890. Zu dieser Zeit war ich längst bestoldeter Kassirer der Krankenfeste „Grundstein zur Einigkeit“, sowie Geschäftsführer der Maurer Deutschlands. Hieraus erläutert sich wohl zur Genüge, daß ich kein Streitbrecher werden, geschweige denn als solcher nach Hamburg kommen könnte.

Der Regierungsbauamteister und fortgeschrittenliche Vertrauensmann a. D. hat da wieder einmal die Wahrheit des Urtheils bestätigt, was mein jetzt verstorbener Freund über ihn gesagt hat: „Dieser alte Sündenfreund greift die Lügen- und Verleumdungen nur aus der Luft.“ Weil er in allen Schlechtigkeiten wohlbehandelt ist, macht er sich auch sein Gewissen daraus, den Charakter Anderer nach dem Seinigen zu beurtheilen.

Wundern soll es mich nur, wie lange es noch dauert,  
dass ehrliche Arbeiter (wenn auch nur wenige) sich von  
diesem Individuum hinter das Licht führen lassen.

M. Damman.

## Eine Betrachtung über „jetzt und früher“

leistet sich die „Baugewerks-Zeitung“. Sie erinnert daran, wie in früheren Jahren bald nach dem 1. April in Berlin die Baubehörigkeit sich, in einer Weise entwidmet habe, „dass nicht selten die nötigen Arbeitskräfte fehlten und infolge dessen sich mit Streitgedanken trugen oder solche, auch wohl im Anfang der Bauperiode zur Ausführung zu bringen.“ Die Verhältnisse von damals sind nach der Schilderung des Meisterorgans geradezu „furchtbar“ für die armen Unternehmer und für die sogenannten „kleinsten“ Arbeiter gewesen. Die „trieblosen“, „streitlustigen“ Gesellen üben ein wahres „Schtefenregiment“. Man lese diese kostbare Schilderung:

"Schon die Monate Januar, Februar und März wurden mit Streitveranstaltungen ausgefüllt, um möglichst einstimmig von Tausenden von Arbeitern hochtönende Resolutionen in die Welt zu schicken, in welchen das „weiße Slaventhum“ und die vollständige Unterdrückung der Arbeiter durch die Arbeitgeber eine Hauptrolle spielen. Die Arbeitzeit durchweg auf 9 Stunden herabzusezen und eine achtstündige anzustreben, wurde in jenen Beratungen in Aussicht gestellt. Der Arbeitgeber hatte seinen Arbeitern gegenüber einen sehr schweren Stand. Durch harmlose Anordnungen, welche im Interesse des Baues gehabten, fühlten sich die Arbeiter in ihren Menschenrechten so getäuscht, daß sie schleunigst ohne Kündigung die Arbeit verließen, um wo anders zu finden. Obwohl

besserer Bedingungen anfangen zu können. Ohne Aufzündigung die Arbeit mitten in der Tagesarbeit einzufallen, gehörte überallhin zu den Gewohnheiten der damaligen Zeit. Nicht selten wurde dann über solche Bauten die Sperrre verhängt, d. h. kein Arbeiter durfte ohne Genehmigung der Obrigkeit einen solchen verbotnen Bau betreten. Im Sonntagsanzug schlichen sich die guten und fleißigen Arbeiter, lange vor Beginn der Arbeit, auf den fraglichen Bau, um nicht durch die ausgestellten Postenfetzen an der Arbeit verhindert zu werden. Die Bauten wurden dann förmlich gegen äußere Angriffe verbarschitdt und nicht selten die Hölle der Polizei im Auftrich genommen. Warum? Damit die fleißigen Arbeiter die Möglichkeit behielten, ihre Familien durch ihrer Hände Arbeit zu ernähren.

Diese „armen“, „harmlosen“, „gutmütigen“ Unternehmer, die nie ein Wässerchen trüben, gegen „ihre“ Arbeiter „die Güte selbst waren“ — wonnit hatten sie solche „Tyrannei“ verdient? Reduziert man die Schilderung der „Baugewerks-Zeitung“ auf die Thaten, so bleibt der berechtigte Kampf der Arbeiter gegen „mäßige Ausbeutung und Willkür“. Das Wort vom „weissen Slaveentum“ ist keine tendenziöse Phrasé, sondern eine bittere Wahrheit. Erst die selbstständige Arbeiterbewegung hat, unter Benutzung der günstigen Konjunkturen, der Ausbeutung und der Unternehmervillainie eine zeitweilige Grenze wenigstens gesetzt. So lange die Unternehmer bei dem Mangel einer Arbeiterorganisation es konnten, haben sie es nicht daran geschenkt lassen, über die Arbeiter in willkürlicher Weise zu herrschen. Und als die organisierte Arbeiterschaft vor sie hintrat, um die Arbeitsbedingungen ehrlich zu vereinbaren, da hat das Unternehmertum in seinem Übermuthe sie mit Hohn zurückgewiesen, mit brutalem Haß bestempft. Jeder Streit im Berliner Baugewerbe ist vom Unternehmerthum geradezu provoziert worden, indem dasselbe sich nicht bereit fand, ließ zu ehrlichen Verhandlungen. Die Wortführer der Arbeiter, welche solche Verhandlungen anbahnen versuchten, wurden als „Räubelführer“ in Acht und Bann erklart. Mögten die Forderungen der Arbeiter noch so beschönigt sein, immer und in jedem Falle hat das Unternehmertum sie „unverdaut“ genannt. Geschorsane Frechte, nicht aber freie, gleichberechtigte Arbeiter wollte es haben, wie in der „goldenen alten Zeit“, wo übrigens auch schon der bestreite Sinn der Arbeiter gegen die Autorität der „Arbeitsherren“ sich auslebte. Schon Anfang des lebendiger Jahre hatten die Baugewerks-Unternehmer sich gegen die Arbeiter sozialist; keine, nicht die geringst-beste Arbeitsbedingung hat das Unternehmertum freiwillig gegeben; die Arbeiter haben sie sich erlaufen müssen auf dem Boden ihrer Organisation.

Was soll also das elende Gewindef der „Baugewerks-Zeitung“? Sie kann nur den Untergang ihrer

"Zeitung" über die vergangene "schlimme" Zeit? Was soll's mit dem heuchlerischen Sermon über die hogenannten "guten und fleißigen" Arbeiter, die im Sonntagszug sich zur Arbeit geschnlichen haben?

vor unsere Zeitung schon im April mit Berichten über beabsichtigte und ausgebrochene Streiks ausgefüllt. Die Arbeitgeber und sonstige Bauherren wünschten, daß sie "vor der Schlacht" ständen. Man konnte noch nicht den Beginn eines Baues bestimmen, aber noch viel weniger das Ende desselben. Die Arbeitgeber fingen an, in den Kon-

trafen einen Paragraphen aufzunehmen, durch welchen die Bemühung des Bauwerks um die Dauer des Streits verlängert wurde. Mit einem Wort, es herrschte Unsicherheit, Streit und Kampf auf dem ganzen weite Gebiet des Baugewerbes und weshals? Weil wir alle Arbeitgeber wie Arbeitnehmer — mit Arbeit gesegnet waren, weil Jeder, ohne besondere Schwierigkeit seine Familie erhalten und auch noch etwas zurücklegen konnte. Seit dieser Zeit, und nicht zum Wenigsten hervorgerufen durch die stürmischen Tage jenseit ihrer Regenzeit, hat sich Vieles geändert. Am meisten haben die Terrainstulanten gewonnen, deren Grundfläche bei jedem neuen Streit im Preise steigen. — Aber nicht nur durch die Baustellenpreise sind die Häuserbauer gebordert, sondern auch durch die Steigerung der Materialienpreise und der Arbeitslöhne. Die Arbeiter haben, was sie damals durch Lohnsteigerung und Reduktion der Arbeitszeit gewonnen haben, längst wieder eingebüßt. Die Wohnungen und Lebensmittel sind theurer geworden und die Löhne infolge des stärkeren Angebots herabgegangen. Das kapitalistische Publizum hat die Lust an Häuserbauen verloren, weil die ewigen Streitfälle der Arbeiter eine zu große Unsicherheit für den vorsichtigen Kapitalisten gebracht haben. Baubantien und Terraingesellschaften bebauen unter Hinzuziehung von meist höchst zweifelhaften Bauunternehmern, die sich in Berlin besonders aus solchen Leuten ergänzen, welche schon einmal in Leben Schiffbruch getragen haben, ihre Baustellen und machen dem solider Unternehmer von vorn herein jede Konkurrenz unmöglich."

Die „Baugewerks-Zeitung“ versäßt hier wieder in den alten Schwund, der das Steigen der Bauplatzpreise, der Häuserpreise und die Abnahme der Bauaufträge, „keifischtigen“ Arbeitern verantwortlich machen. Wir haben diesen Schwund oft genug aufgedeckt. Und ähnlich hat das Meisterorgan selbst zugegeben, daß die Bauaufträge abgenommen habe, weil in Berlin eine „Überproduktion von Häusern“ stattgefunden, so daß die Bauposition keine großen Brotspeisen mehr einnehmen kann. Aber was gilt dem Meisterorgan die Wahrheit, wenn es in arbeiterfreundlicher Tendenz machen will. Eines aber möge der Arbeiter sich merken, das Eingehändnis, daß sie längst wieder eingehübt haben, was sie früher unter ungünstigeren Verhältnissen gewonnen. Darnach mögen die Arbeiter ihre Laius für die Zukunft einrichten. Und wenn sie wieder in die Lage kommen, mit Aussicht auf Erfolg bessere Arbeitsbedingungen fordern zu können, dann mögen sie das Eingehändnis der „Baugewerks-Zeitung“ den Unternehmern vorhalten.

Aus Amerika.

New York, Ende März.

Es regt sich! Man spürt es an der gewerkschaftlichen Arbeitersbewegung, daß es auch in diesem Jahre wieder heftige Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit geben wird. Kleinere und größere Konflikte sind bereits ausgetragen, und das ist ein sicheres Zeichen dafür, daß das Frühjahr 1892 gerade so gut seine lebhafte Wohnbewegung haben wird, wie seine Vorgänger. Welche Dimensionen diese Bewegung heuer annehmen wird, das freilich steht auf einem anderen Fragebogen, den heute wohl noch Niemand mit Gewissheit beantworten kann. Eine auch nur einigermaßen einheitliche Aktion des gesamten amerikanischen Proletariats darf man unter den obwal-

tenden Umständen wohl nicht erwarten. Ein bestimmter Plan liegt nicht oder wenigstens bis jetzt noch nicht vor. Wenn die „Am. Fed. of Labor“ noch immer un-schlüssig zuwirkt, ob sie eine und welche national organisierte Gewerkschaft sie diesmal auf der ganzen Linie in den Kampf schicken soll für die Verlängerung der Arbeitszeit, so kann man ihr das nicht vergeben nach den peinlichen und noch die heute unangenehm nach-wirkenden Erfahrungen mit der vielsprochenen Acht-Stundenbewegung der Bergleute. Die letzte Jahres-Konvention hat es wohlweislich der Executive überlassen, ein Gewerkschaftsrecht und die Executive ist offenbar noch am Sondieren der verschiedenen Aussichten bezüglich Organisationsstärke, Leistungsfähigkeit der Kassen, Stimmung unter den Leuten usw. Um Kampftestflügen scheinen die Bäder zu sein: ob auch am Kampftestflügen, das hängt von Dingen ab, die sich zur Stunde unserer Kenntnis entziehen. Die Konvention sowohl, wie die Executive müssen doch wohl dieserhalb nicht ohne Bedenken gewesen sein, anderfalls ein Grund geweckt wäre, den freiwillig offerten Kampf nicht anzunehmen. Lebzigens schwört zur Stunde noch die Untersuchung, welche im Auftrage der Executive Samuel Gompers bei den verschiedenen Organisationen anzuführen hat, um in der Frage der Kampftestfligkeit und Bereitwilligkeit endgültig klar zu sehen und zu einer Entscheidung zu kommen. Von dem Ergebnis dieser Untersuchung wird ja dann alles Weitere abhängen, wenigstens was den offiziellen Achtstundenkampf betrifft. Sollte aber die „American Federation of Labor“ — und wir halten das leineswegs für ausgeschlossen — zu dem Entschluss kommen, auf einen offiziellen Achtstundenkampf in diesem Jahre überhaupt zu verzichten, um nicht durch eine Niederlage das Prestige des großen Arbeitersbundes vollends zu gefährden, dann ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die einzelnen Organisationen, welche heute Kampftestflüsse führen, darum doch auf eigene Faust in die Gefechtslinie eintreten werden. Sie würden dann nur die allgemeine Bohnerbewegung lebendiger gestalten helfen, welche ohne ihnen neben den anderen herlaufen würde.

Ob der Lohn- und Arbeitszeitbewegung diese Frühjahrs ergebend Auslöschen von nennenswerter Bedeutung blieben, das ist eine Frage, die allgemein hier nicht mit wenigen Worten erörtert werden kann. Da wir im Großen und Ganzen von einem aggressiven Vorgehen der ökonomischen Arbeiterbewegung nicht mehr sonderlich viel erwarten, haben wir schon einmal ausgesprochen und ausführlich motiviert: Sollten die Erfahrungen des kommenden Frühjahrs und des Frühjahrsums zehren, - um so besser. Jedemfalls ist Einer sicher: Was immer die Arbeiter an ökonomischen Kämpfen

unternehmen, daran sollen sie mit dem vollen Aufgebot all ihrer Kräfte gehen, damit die Erfahrungen, welche gemacht werden sollen, gründlich gemacht werden.

Von dem Auftauchung-Übergang, den die gewerkschaftliche Bewegung in diesem Frühjahr nehnlich wird, wird auch abhängen, in welchem Umfange und in welcher Stimmung sich die amerikanischen Arbeiter in diesem Jahre an der internationale Ma-demonstration beteiligen werden. Noch ist die Frage bezüglich hier in Newyork unter den obwaltenden Umständen nicht spruchreif. Über man sollte sich immerhin mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Fester auf keinen Fall vernachlässigt werden darf und wenn weiterhin etwas anzuregen wäre, so würde es sein, daß eine Form gefunden werden möchte, gerade diese Newyorker Arbeiter zu gestalten. Hoffentlich wird ein dahin gehender Vorschlag in den verschiedenen Organisationen auf Sprache gebracht.

### Situationsberichte.

Maurer

**Berlin.** Die hiesige Zahlstelle II. des Centralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am 6. April ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Von dem angekündigten Vortrage mußte Abstand genommen werden. Im dritten Punkt: "Gewerkschaftliches und Verbandsangelegenheiten", theilte der Vorvorsitzende seine Erfahrungen mit, welcher er in der Befreiung durch einen Magistrat, Mitgliede über die Arbeitslosigkeit erfahren. Ferner wurde zum Lusttanzfest Stellung genommen und zum Antrage, dasselben ein Komitee aus sechs Personen, bestehend aus den Kollegen **Helterhoff**, **Vambrecht**, **Woytschach**, **Schneidhaus**, **Hecht** und **Panzer** gewählt. Zum Schluß wurden die Mitglieder ausgefordert, recht thätig für den Verband zu agitieren und - in der nächsten Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. Letzteres gilt hauptsächlich den Kollegen in dem Potsdamer Stadtviertel.

**Steinbeck.** Am Sonntag, den 8. April, tagte im Vereinstiale die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. Bahnhofsteile. Steinbeck. Nachdem die Beiträge erhoben waren, verlas der Käffir zum zweiten Punkt der Tagesordnung die Abrechnung vom 3. Quartal. Dieselbe war von den Reisforen revidirt und wurde von der Versammlung als richtig anerkannt. Zum 3. Punkt der Tagesordnung „innere Vereinsangelegenheiten“ brachte der Bevollmächtigte, Kamerad S u k o w , zur Sprache, daß auf dem Bau des Meisters W. Gießmer s. die Balkenlaufen und das Treppenhaus sehr manöverhaft sind.

Büttelungen und aus Lippensburg <sup>seit</sup> einzugehen, die abgedeckt waren. Er, Su kow, sei nun nach dem Bau hingegangen, um die daselbst arbeitenden Kollegen daran aufzumerksam zu machen, es sei ihm jedoch von dem Baumeister Herrmann Koops der Bau verwiezen, mit der Bemerkung, er sei nicht ihr Vorgesetzter. Da der Parkettboden einer von denen ist, die im inneren Verband nicht angehören, so habe er, Su kow, es für besser gehalten, gar nicht weiter Worte mit ihm zu wechseln, sondern den Bau zu verlassen. Ferner wurde beschlossen, die Versammlungen während der Sommermonate nicht mehr wie zuvor um 4 Uhr, sondern um 5 Uhr einzuberufen. Die nächste Versammlung findet am 4. Mai, Abends  $7\frac{1}{2}$  Uhr

statt, weil der Sonntag gerade auf den 1. Mai fällt. Die Tagesordnung soll lauten: „Wie verhalten wir uns den Kameraden gegenüber, die auf den Fabriken als Mäuse arbeiten und den ortsüblichen Lohn nicht erhalten?“ Mitglied Gustav Bär, Schiffssied, ist laut Versammlungsbeschluß von der Wahlstelle ausgeschlossen.

Preetz. Eine Mitgliederversammlung des bisherigen Wahlstellen des Centralverbandes der Männer Deutschlands fand am Sonntag, den 3. April, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Duschning statt. Nachdem die Käfser geschäfte erledigt waren, entstand eine kleine Debatte über das Aushängen des Frageblattes. Die Versammlung beschloß, denselben an einer Feden'schönen Stelle im Verkehrslokal aufzuhängen. Hierauf hielt der Bevollmächtigte eine kleine Ansprache an die Mitglieder und ermahnte sie, die Versammlungen besser zu besuchen; hauptsächlich müßten die jüngeren Kollegen dazu angehalten werden. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

**Thorn.** Am Sonntag, den 3. April, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der heiligen Baustelle des Centralverbandes der Maurer Deutschland statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abschluß des 1. Quartals 1892, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Annahme neuer Mitglieder. Der Kassenabschluß konnte nicht stattfinden, da mehrere Mitglieder Beiträge rückständig sind und die Revisoren leider nicht erschienen waren. (Das Eistere ist doch kein Grund, den Quartalsabschluß nicht vorzunehmen.) (D. Red.) Für einen Revieren mußte, da derselbe den Sommer abweichen ist, ein Stellvertreter gewählt werden, und wurde Kollege **W o r c h e** gewählt. In Vereinsangelegenheiten monitor der Bevollmächtigte das Verhalten der heiligen Kollegen. Trotzdem es vor Jahren viele Mühe gekostet hat, die Arbeitszeit auf 11 Stunden zu reduzieren, beginnen die selben die Arbeit jetzt im April schon Morgens 5 Uhr zu arbeiten also 12 Stunden. Die Mitglieder sind bestimmt, die 11. Stunde in Meggelt zu bringen, die Überarbeiter aber arbeiten, wenn noch der Mond scheint und sie noch nicht mal so recht Hammer und Kelle unterscheiden können, munter drauf los wie die Scharwerker auf die Dörfern. Auch Kollege **V i e d t k e** sprach über die traurige Verhalten der Kollegen. Anstatt, wenn im Frühjahr die Arbeit beginnt, fest zusammenzuhalten, um eine normale Arbeitszeit und einen normalen Lohn zu erzielen, werde drauf losgearbeitet; womöglich vor Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Das bedächte dieselben aber nicht, daß die wenige Arbeit, die überhaupt vorhanden, in wenigen Monaten fertiggestellt werde und sie dann 4 bis 5 Monate arbeitslos seien und hungrig darben und Schulden machen müßten. Redner erzählte,

jedann einen Fall, wie die Steuern eingetrieben werden können; daß er für einen Moral mit seinen Abgaben im Rückstande war. Nachdem er ein paar Tage gearbeitet hatte, sei ihm eine Aufforderung zugegangen, ungeläufig zu zahlen und als er diese Aufforderung nicht sofort nachzumachen, sei ihm der Lohn mit Virest belegt worden. Es sei deshalb unbedingte Pflicht der Kollegen, dafür zu sorgen, daß sie in die Lage kommen, ihren Pflichten genügen zu können; wenn sie dies nicht selbst hätten. Andere würden dies nicht thun. Geraut wurde von mehreren Kollegen über das am 1. Mai abzuhandelnde Vergnügen gesprochen. Es wurde ein Gartenfest verbunden mit Konzert- und Theatervorstellungen in Vorplatz gebracht und wurden zwei Kollegen gewählt, die sich mit den anderen Corporationen zwecks Antrangement des Festes in Verbindung zu setzen haben. Jedann ließen sich fünf Kollegen als Mitglieder aufnehmen, welche von dem Kollegen Lüdtke im Namen des Verbandes begrüßt und ernannt wurden, treu und fest zum Verbande zu halten. Dann erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Berlin.** Eine Mitgliederversammlung des Unterstüzungvereins der Maurer im Westen Berlins tagte am Montag, den 4. April, Abends 8<sup>1</sup>/2 Uhr, im "Königshof", Bülowstr. 37. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlos der Kassierer, Kollege Wieble, die Abrechnung vom ersten Quartal 1892, und ergab dieselbe eine Einnahme von M. 48,80. Bestand vom vierten Quartal 1891 M. 69,90. Summa M. 99,70. Die Ausgabe betrug M. 196,45, davon geht ab die Einnahme M. 99,50. Bleibt Defizit M. 96,95. Die Richtigkeit wurde von den Redactoren bestätigt, und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung "Wahl des gelämmten Vorstandes", wurden folgende Kollegen gewählt: Als erster Vorsteher der Friedrich-Winterfeldstr. 26; erster Kassier W. Wöllenberg, Kirchbachstr. 18a; erster Schriftführer C. Schröder, Alsenstraße 19; zweiter Vorsteher G. Jachmann, Steinpreisstr. 57; zweiter Schriftführer H. Silberschmidt, Hauptstr. 15. Im "Beschiedenes" wurde zuerst das Arrangement des in der Schokoladefabrik Schöneberg am zweiten Pfingststagsabend stattfindenden Frühlingsfestes erledigt und folgende Kollegen in das Komite gewählt: G. Jachmann, G. Rosi, C. Steinbrink, G. Kahl, G. Blies, S. Rötter, W. Bische, W. Schlicht und Dölfus. Der Eintrittspreis wurde auf 25 Pf. festgesetzt. Jedann hielt Kollege Silberschmidt eine kurze Ansprache über das Entstehen und den Zweck des Unterstützungsvereins. Zum Schluß seiner Ausführungen beleuchtete er den Werth der Centralisation und bat die Kollegen, die sich noch nicht dem Verbande angellossen haben, sich denselben doch anzuschließen und für denselben zu agitieren. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Pinneberg.** Am 3. April tagte im Palast des Herrn Haugkild eine Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands und vero. Berufsgenossen. Nachdem sich ein Mitglied aufnehmen lassen, wurde vom Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal verlesen und wurde dieselbe für richtig befunden. Da der vorige Verbreiter des "Grundstein" nicht im Stande ist, sein Amt weiter auszuüben, indem er auswärts beschäftigt ist, wurden drei Mitglieder gewählt, von denen jeder in einem Bezirk das Blatt unentgeltlich auszutragen hat. Im Punkt "Beschiedenes" machte der Bevollmächtigte bekannt, daß die Meister fast sämmtlich unseren Vorstand unterzeichnet hätten, mit Ausnahme der Meister Wunderlich, Pinneberg, und Behrens, Ebendorf. Beide haben die Unterschrift verweigert, und ist es Pflicht eines jeden Kollegen, nicht eher bei diesen beiden Herren in Arbeit zu treten, bis sie unsere Forderung bewilligt haben. Wir machen hauptsächlich die Altonaner Kollegen ausserklam auf den Meister Wunderlich, denn dieser hat im vergangenen Jahre sich Gesellen von dem Arbeitsnachweis in Altona Lohmühlenstraße 36 geholt und wird es wahrscheinlich versuchen, auch in diesem Jahre von dort Gesellen zu bekommen.

**Celle a.C.** Am 9. April hielt die hiesige Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung wurde um 8<sup>1</sup>/2 Uhr durch den Bevollmächtigten, Kollegen Höglund, eröffnet und, nachdem das Protokoll verlesen, die Aufnahme neuer Mitglieder, sowie die Erhebung der Beiträge erledigt war, von dem Kassierer die Abrechnung verlesen. Dieselbe wurde genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Jedann wurde beschlossen, am 1. Osterferstag einen Ausflug zu veranstalten. Hier auf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Schleswig.** Die hiesige Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. hielt am 8. April ihre regelmäßige Versammlung ab. Nachdem die Beiträge entrichtet und zwei neue Mitglieder aufgenommen wurden, wurden zur Anschaffung einer Bibliothek M. 80 benötigt. Zur Verwaltung der Bibliothek wurden die Kameraden Siegmann, Bujch, Michelisen und als Verbreiter des "Grundstein" H. Petersen gewählt. Nachdem noch einige Kollegen sich über den Werth der Stiftung ausgesprochen, wurde beschlossen, die Mitglieder zu verpflichten, zur nächsten Versammlung ihre Stiftungsbücher mitzubringen. Die Frage der Maister wurde bis zur nächsten Versammlung verlegt. Einige Kollegen, welche den "Grundstein" nicht regelrecht bekommen hatten, boten für die Zukunft, um bessere Befüllung.

**Stettin.** In der am 7. April abgehaltenen Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands verlas, nachdem die Beiträge erhoben und die Aufnahme neuer Mitglieder vollzogen war, der Kassierer die Abrechnung. Dieselbe gab zu Einwendungen keinen Anlaß und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Jedann hielt Herr Otto Ohl aus Grabow in Pommern einen lehrreichen Vortrag über "Das Werk". Dem Redactoren wurde für seinen sehr reichen Vortrag von dem Bevollmächtigten der Dapk der Menschen, ganz gleich, welcher Gesellschaftsklasse er an-

Verksammlung abgestattet. Jedann erfolgte Schluß der Versammlung.

**Stelligen.** Am Dienstag, den 5. April, Abends 8<sup>1</sup>/2 Uhr, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands. Zunächst wurden die Beiträge erhoben und ließen sich jedann drei neue Mitglieder aufnehmen. Hieraus erhält Herr Meyer aus Hamburg das Wort zur Berichterstattung über den Hafenhälder Gewerkschaftsverein und legte derselbe die Verhandlungen und Beschlüsse derselben in ausführlicher Weise vor. Jedann verlas der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal, welche von der Verabsiedlung genehmigt wurde. Da der Kollege Spohr man gewesen war, seinen Posten als Schriftführer niederzulegen, so wurde an seiner Stelle der Kollege Meyer gewählt. Auf eine Anfrage an den Kollegen Höglund, wie er sich zu dem "Eingang" im Hamburger Echo, betreffend die Angelegenheit bei dem Meister Schacht, stelle, erklärte derselbe, daß es nicht wahr sei, was von dem Herrn Schacht in dem "Eingang" gefordert wurde, er jedoch habe seine Kollegen nicht bei dem Meister verlauten lassen. Jedann wurde der Wunsch laut, die Bevollmächtigten von Hamburg und Altona möchten die Mitglieder des Verbandes, welche in Stellingen, Langenfelde, Lübeck und Umgegend dominizieren aufzufordern, sich der hiesigen Zahlstelle anzuschließen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Jedann Schluß der Versammlung.

**Hamburg.** Am 5. April fand die erste Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands und vero. Berufsgenossen statt. Die Verwaltung, welche in den letzten öffentlichen Versammlungen provisorisch gewählt war, wurde von der Versammlung bestätigt und setzte sich dieselbe aus folgenden Personen zusammen: H. Schmidt, Bevollmächtigter, C. Carsten, dessen Stellvertreter, J. Lips, Kassierer, C. Schäfer, dessen Stellvertreter, C. Lamich, Schriftführer, H. Lucassen, J. Seemann, F. Schoor, Revisor. Nun annehmen ließen sich 15 Kollegen. Bezüglich der Befolzung der einzelnen Verwaltungsbüroen wurde der Wunsch laut, dasselbe möchten mit ihren Aufträumen nicht zu weit gehen, damit die Zahlstelle nicht gleich einen Rückfall befürchte. Es wurde beschlossen, den Bevollmächtigten mit M. 20, den Kassierer mit M. 30 und den Schriftführer mit M. 15 jährlich zu befolzen. Im "Beschiedenes" wurde angezeigt, ob es im Interesse der Erhebung der Beiträge nicht thunlich sei, zweimal monatlich Versammlungen stattfinden zu lassen. Die Versammlung stimmte dem zu und beschloß, jeden ersten und dritten Dienstag im Monat die Versammlungen in der Maurerherberge abzuhalten. Da sonst Erhebliches nicht vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

**Hannover.** In der am 29. März stattgefundenen Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Hannover, sprach der Bevollmächtigte, Kollege Grothe, über Das Handwerk in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Er führte aus, daß mit der Einführung des Christentums in Deutschland die Einwohner aus den Wäldern vertrieben worden seien; von den Menschen aus Rom hätten sie Bedürfnisse kennen gelernt, die ihnen früher fremd waren; auch die Landwirtschaft lernten sie kennen. Nach einem bestimmten Zeitraum hätten sich verschiedene Gewerbe gebildet, welche, nachdem unter Kaiser Heinrich I. die Städte und festen Plätze entstanden seien, sich unter verbunden, um gegen feindliche Angriffe gesichert zu sein. Von dem Kaiser Sigismund hätten dann diese gewerblichen Vereinigungen ganz besondere Rechte erhalten. Zur Zeit, in welcher in Deutschland das Raubritterthum und die Feudalherrschaft in der höchsten Blüthe stand, sei der Hansekunst entstanden, eine Verbindung von Kaufleuten zu dem Zwecke, gegründet, um sich gegen die räuberische Uebersäße der Raubritter im Innern des Landes zu wehren und um das Kapital der Kaufleute zu schützen. Schon zur Zeit des Hansekunstes hätten Lohnstreitigkeiten zwischen den Gesellen und Meistern stattgefunden, die theilweise einen heftigen Charakter annehmen. Über während der Bauer des 30-jährigen Krieges sei auch das Handwerk gekürt, und mit der Einführung der Märschein dem gänzlichen Verfall entgegen gegangen. Die Märschein hätten die männliche Arbeitskraft verdrängt, daß mühten Frauen und Kinder arbeiten. Damit sich nun die Arbeiter gegen die ungewöhnliche Ausbeutung in etwas schützen konnten, sei demselben das Koalitionsrecht gegeben und zwar zuerst in England im Jahre 1824. Hierauf schilderte Redner die Innungen in der Jetztzeit. Es sei das hauptsächlichste Bestreben, derartigen, durch die Einführung des Beschäftigungsnachweises u. a. m. die alte längst entstwundene Kunstgerlichkeit wieder einzuführen, doch werde dieses ein vergebliches Beginnen sein. Denn schon jetzt sei der Handwerker durch die fabrikmäßige Herstellung der Waaren nichts Anderes als nur ein Theilarbeiter. Durch die fortwährende Technik werde ein großer Theil arbeitslos, und die industrielle Arbeiterarmee werde immer größer. Ein großer Theil dieser arbeitslos Gewordenen werde sich dem Bauwesen zu und so entsteht auch diesem ein über großes Angebot von Arbeitskräften. Es werde aber, eine Zeit kommen, in der, gemeinschaftlich produziert und wo ein jeder volles Antrecht an den Werthen, die die Arbeiter erzeugen, haben werde. Mit einem bekannten klassischen Motto schloß der Redner seinen beschreibenden Vortrag. Hierauf wurde die Abrechnung vom letzten Bergnügen vorgelegt, dieselbe ergab einen Überschuss von M. 55,74. Nachdem dann noch beschlossen, hieron der Bibliothek M. 30 zu überweisen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Bergedorf.** In der am 3. April abgehaltenen regelmäßigen Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands hielt, nachdem die Beiträge erhoben und mehrere neue Mitglieder aufgenommen waren, Herr Ohl aus Hamburg einen Vortrag über "Zwei und Rühen der Gewerkschaftsbewegung" und führte derselbe ungefähr folgendes aus: Es sei das Bestreben eines jeden rechten Vortrag von dem Bevollmächtigten der Dapk der Menschen, ganz gleich, welcher Gesellschaftsklasse er angehöre, seine Lage zu verbessern. Da nun aber der Einzelne hierzu zu schwach sei, verbinde sich mit seinen gleichgeschlechtlichen Kollegen. Schon vor alten Zeiten habe sich dieses bemerkbar gemacht und Organisationen aller Art zur Vertheidigung und Verbesserung der Lebenshaltung der einen bestimmten Beruf Angehörigen hätten bestanden; auch Arbeiter hätten ihre Verbindungen gehabt. Auch in der neuesten Zeit hätten sich die Arbeiter eingehend damit beschäftigt, wie eine Verbesserung ihrer Lage am besten zu erreichen sei. Man sei zu der Erkenntnis gelommen, daß die Gewerkschaftsbewegung, wenngleich eine dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiter durch diese nicht erreicht werde, dennoch das kleinste Mittel sei, die Arbeiter vor gänzlicher Entfristung zu bewahren und sie fähig zu erhalten, eine hauende Verbesserung durch die politische Bewegung zu erstreben. Wenn aber auf gewerkschaftlichem Gebiete etwas Erfreuliches erreicht werden sollte, so sei es Vorbereitung, daß möglichst alle Arbeiter in die gewerkschaftliche Bewegung hinzugezogen würden. Zu diesem Zwecke sei eine managelte Agitation nötig, damit die indifferenteren Arbeiter aufgerüttelt würden; nur mit aufgelaert, sich ihrer Aufgabe und ihres Ziels bewußten Arbeitern lasse sich der Kampf durchführen. Im Gegenden, wo das Unternehmertum einer festgelegten Organisation, in der ausgelöste Arbeiter vorhanden sind, gegenübersteht, werde diese Organisation einen moralischen Druck auf das Unternehmertum ausüben, so zwar, daß es nicht so leicht wagen werde, einzeitig Lohn- und Arbeitsbedingungen festzulegen. Die beste Form der Organisation sei die der Central-Verbande oder Vereine, in diesen werde das Solidaritäts- und Zusammengesetztheitsgefühl am besten zum Ausbruch gebracht. So würde z. B. im Central-Verband der Maurer Deutschlands und vero. Berufsgenossen den auf der Reiß befindlichen Mitgliedern Unterstützung gesahlt; ferner werde die Mitglieder Rechtschutz gewährt, auch würden sie, wenn sie für das Eintritt in die Verbandsinteressen arbeitslos würden und bei Arbeitsinstellungen untersetzt. Die Agitation lasse sich in den Central-Verbanden ebenfalls viel wirksamer betreiben, wie in den lokalen Organisationen, da jedes Mitglied, wenn es aus einer Zahlstelle nach einem Ort komme, in welchem Mitglieder des Verbandes noch nicht vorhanden, dafür eintreten werde, daß in möglichst kürzer Zeit eine Zahlstelle errichtet würde. Die Aufgabe der Mitglieder des Verbandes müsse vor allen Dingen darin bestehen, die indifferenteren Kollegen aufzuladen, dann würde der Verband groß und stark werden und das Unternehmertum werde sich hüten, Vohnahmen zu machen. Die Stärke einer Organisation und ihr Werth beständen darin, ohne Streits zu erhalten und die Arbeiter aufzurütteln, auf der Höhe der Zeit dem Ziele der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit. Dem Redner wurde reicher Beifall zu Thell und gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: "Die heutige im Vereinslokal tagende Versammlung beschließt, indem sie sich mit den Ausschüssen des Referenten im vollen Maße einverstanden erklärt, für die weiteste Verbreitung der von ihm entwickelten Ideen einzutreten." Im dritten Punkte "Märsche" wurde von dem Referenten unter Betonung der Wichtigkeit dieser Feier an die Anwesenden das Ersuchen gerichtet, einmütig sich an derselben zu beteiligen. Ein Antrag, eine Unterstützungsfest zum Generalsonds zu gründen, wurde auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt, und dann die gut besuchte Versammlung um 6 Uhr geschlossen.

**Hamburg.** Am 7. April fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Bevollmächtigte bekannt, daß die Sammelbüro zu der Wahl des Gewerbeschleißers sofort einzuliefern seien; ferner, daß über den Bau des Unternehmers Stiet wegen Nichtauszahlung des Lohnes die Sperrre verhängt sei und daß Herr Bülow, bisheriges Mitglied des Vorstandes, seinen Austritt aus dem Verbande erklärt habe. In die Tagesordnung eintretend, verlas zum 1. Punkt derselben Herr Fedder sen die Abrechnung vom letzten Monat, welche eine Einnahme von M. 1821,60 und eine Ausgabe

in gleicher Höhe auswies. Hierauf erfolgte die Verlesung der Quartalsabrechnung, welche in Einnahme und Ausgabe mit einer Summe von M. 4971,79 bilanzierte. Gegen beide Abrechnungen wurden Einwendungen nicht gemacht. Am 2. Punkt: "Wollen wir uns an der Märsche beteiligen?" wurde, nachdem Herr Bülow als hiesiger Redner unter Betonung der Wichtigkeit dieser Feier an die Anwesenden das Ersuchen gerichtet, einmütig sich an derselben zu beteiligen. Ein Antrag, eine Unterstützungsfest zum Generalsonds zu gründen, wurde auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt, und dann die gut besuchte Versammlung um 6 Uhr geschlossen.

**Hamburg.** Am 7. April fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Bevollmächtigte bekannt, daß die Sammelbüro zu der Wahl des Gewerbeschleißers sofort einzuliefern seien; ferner, daß über den Bau des Unternehmers Stiet wegen Nichtauszahlung des Lohnes die Sperrre verhängt sei und daß Herr Bülow, bisheriges Mitglied des Vorstandes, seinen Austritt aus dem Verbande erklärt habe. In die Tagesordnung eintretend, verlas zum 1. Punkt derselben Herr Fedder sen die Abrechnung vom letzten Monat, welche eine Einnahme von M. 1821,60 und eine Ausgabe

nochmals zur Sprache gebracht, wurde die Verhandlung um 11½ Uhr geschlossen.

#### Bauhandwerker.

**Osterburg.** In einer am 2. April tagenden öffentlichen Bauhandwerker-Versammlung referierte Kollege Sibertichmidt aus Berlin in einem 1½ stündigen Vortrag über "Wert und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation und die Holzhersteller-Kongressbeschlüsse". Der Referent schilderte die Entwicklung der Arbeiterorganisation bis zur Zeit und kam zu dem Schluß, daß die bisherige Organisation dem zentralistischen Unternehmertum nicht mehr gewachsen sei und wir nur noch Hoffnung hätten, in einer guten Zentralorganisation dem Unternehmertum Widerstand zu leisten. Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: "Die im Gastwirt Behn'schen Hofale tagende öffentliche Bauhandwerkerversammlung erklärt sich voll und ganz mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht im Sinne des Kongressbeschlusses zu handeln."

**Hannover.** Am 5. April tagte im großen Saale des "Valkofs" eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung. Das Bureau bestand aus Maurer Blinck, Zimmerer Maas und Maurer Tieste. zunächst erstattete Kollege Paul Bericht vom Gewerkschaftskongreß in Halberstadt. Es ist wohl überflüssig auf die Ausschreibungen des Redners, welche mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, näher einzugehen, indem hierüber schon berichtet ist. Hierauf wurde beschlossen, eine Versammlung zu veranstalten. Über den zweiten Punkt: Stellungnahme zu den Kommunalwahlen referierte Kollege Barnstorff. Schon bei dem Bau des Neuen Museums sei eine Eingabe an den Magistrat gerichtet worden, dahingehend, in erster Linie hiesige Arbeiter zu beschäftigen; dieses wurde aber abschlägig beschieden. Auch sei man vorstellig geworden, die Arbeiten in Regie ausführen zu lassen, hieran können sich aber die Herren nicht gewöhnen. Mußt doch seiner Zeit der Hofbaumeister Demmer seinen Dienst quittieren, als er den Bau des Schlosses in Schwerin in Regie ausführen ließ. Aus diesem Grunde wurde der Hofbaumeister Demmer nicht gewünscht, seinen Rücktritt zu nehmen. Die wahren Gründe seiner Entlassung sind in einer Biographie Dr. d. in dem "Neuen Westfalen," Jahrgang 1887, enthalten ist, angegeben. D. (red.) Bei dem jetzigen System des Submissionswesens jucht der Unternehmer der Börse; könne er die Befolge nicht hingeben, so dulde er die Arbeiter. Es würde Fuscharbeit geliefert, in Regie könne dieses nicht vorkommen, es würde letzteres nur von Vortheil sein. Wenn wir jetzt nur eine Eingabe an den Magistrat richten, daß derselbe dafür eintritt, daß bei städtischen Arbeiten auch der ortsübliche Lohn gezahlt wird, so dürfen wir uns aber keiner Illusion hingeben, wir müßten es jedoch versuchen, denn stets Tropfen höhlt den Stein. (Verhältnis Beifall) Kollege Grothe führte aus, daß bei den Anforderungen, welche jetzt an uns gestellt werden, der Magistrat für den ortsüblichen Lohn eintreten müsse. Beim Kanalbau seien von einem Unternehmer solche Arbeiten geliefert, daß jetzt nachgefordert werden müsse. Eigentlich müsse man Protest gegen das Steuerzahlen erheben, weil vielfach der richtige Lohn nicht gezahlt wird. Vom Kollegen Paul wurde betont, daß diese Nachlässigkeit eine Folge des heutigen Submissionswesens sei. Auch an der Dreifaltigkeitskirche seien solche Arbeiten geliefert, daß dieses ein wahrer Skandal sei. Hierauf wurde eine Kommission, bestehend aus den Mauern Barnstorff und Grothe, den Zimmerern Maas und Wolff, den Dachdecker Ahrens und Giesecke, gewählt, welche noch zwei Arbeiter hinzuzuziehen. Die Kommission hat in der nächsten Versammlung, welche Donnerstag, 21. April, stattfindet, Bericht zu erstatten. Nachdem dann noch die Kollegen Paul und Kalißch gesprochen, erfolgte Schluß.

#### Korrespondenzen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

##### Verordnung

##### der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands

vom 20. November 1890 bis ultimo Februar 1892.

##### Einnahme.

a) Gewerkschaftsfonds.  
Von Vereinen und Privaten M. 106 504,86  
Jurisdiktionsbeiträge ..... 2 100,—  
An Quartalsbeiträgen ..... 5 413,39  
Broshuren "Organisationsfrage" ..... 2 039,74

##### b) Maifonds.

Von Vereinen und Privaten M. 64 776,16

##### c) Verwaltungsfonds.

Von Vereinen ..... M. 1 208,01

##### d) Darlehen.

An Darlehen aufgenommen ..... M. 106 950,—

Summa der Einnahme M. 288 992,16

##### Ausgabe.

##### a) Für Ausstände.

An die Glasarbeiter, Bergedorf ..... M. 6 800,—

Ottensen ..... 8 030,—

Schuhmacher, Erfurt ..... 5 430,—

Tabakarbeiter, Hamburg u. Lüneburg ..... 108 041,—

(Sortierer), Hamburg ..... 41 500,—

Weltgerber, Kirchheim (R. V.) ..... 2 710,—

Wirkler, Chemnitz ..... 300,—

Übster, Görlitz-Meissen ..... 250,—

Glasarbeiter, Elsenburg ..... 150,—

Heizer und Trimmer, Hamburg ..... 4 100,—

Wirkler, Thalheim ..... 1 300,—

Steinmeier, Oppach ..... 745,—

Bergarbeiter, Berlin ..... 375,—

Textilarbeiter, Böhl-Eisach ..... 235,—

Niggarenarbeiter, Bischleben-Dresden ..... 500,—

Seiler und Steppschäger, Stettin ..... 90,—

Buchdrucker, Wien ..... 1 000,—

An die Metallarbeiter, Göppingen ..... M. 1 000,—	
Heizer und Trimmer, Bremerhaven ..... 2 000,—	
Former, Bremervorstadt ..... 420,—	
Viegeln ..... 70,—	
Schuhmacher, Barmstedt ..... 700,—	
Kesselfeindiger, Hamburg ..... 1 000,—	
Glasarbeiter, Fürth ..... 100,—	
Weltgerber, Berlin ..... 650,—	
Buchdrucker, Leipzigerstrasse ..... 3 600,—	
den Zigarrenmacherbund, Antwerpen ..... 1 600,—	
	M. 192 696,—

b) Zurückgezahlte Darlehen.

An Darlehen zurückgezahlt ..... M. 75 000,—

c) Für Agitation, Verwaltung und Verschiedenes.

Für Agitation ..... M. 660,70

Prozeßsachen ..... 456,70

Drucksachen ..... 3 597,—

Verband, Brief- und Strafporto ..... 1 494,63

Gehalt des Vorstandes ..... 1 610,—

Unterhalt des Kassiers ..... 79,90

Für Vertretung des Kassiers ..... 168,—

Sitzungen der Gesamtkommission ..... 267,60

Zurückgezahlte Beiträge ..... 3 334,10

Wechselkonto ..... 26,—

Delegation und Unterkunft der Konferenz in Halberstadt (September 1881) ..... 260,80

Delegation zum Regierungskongreß ..... 58,—

Unterkunft der Konferenz Berlin (16 Nov. 1890) ..... 68,30

Reise nach London (zwei Kommt. Mitgl.) ..... 400,—

Bücher und Zeitungs-Abovertrag ..... 75,05

Summa der Ausgabe M. 280 252,78

Summa der Einnahme ..... M. 288 992,16

Summa der Ausgabe ..... 280 252,78

Kassenbestand M. 8 739,38

An Darlehen aufgenommen ..... M. 106 950,—

An Darlehen zurückgezahlt ..... 75 000,—

Bleiben noch abzutragen M. 31 950,—

M. Dammann, Kassier.

#### An die Vorstände der Gewerkschaften.

Nach Beschuß des Gewerkschaftskongresses sollen nunmehr auch die Verwaltungsbürotheien der Zentralvereine das "Correspondenzblatt" regelmäßig erhalten. Die Zustellung der Blätter soll nicht direkt durch die Generalkommission, sondern durch die Vorstände der einzelnen Organisationen erfolgen, nachdem dieser vor der Kommission einer der Zahl der Verwaltungen, deren entsprechende Anzahl Blätter zugestellt ist.

Jedenfalls ist diese Art der Verbindung mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft und werden wie den Organisationen, welche ein achttagig erscheinendes Fachorgan haben, empfohlen, sich mit der Expedition desselben dahin zu verständigen, daß das "Correspondenzblatt" den Studiengang der Fachzeitung hin nicht an uns gelangen werden wie bei dieser Nummer, die zu Sendung an die Zentralvorstände beforgen.

Bisher ist das "Correspondenzblatt" auch an einzelne Personen gesandt worden, die nicht Vertrauensleute der Gewerkschaften waren, sich aber für die Gewerkschaftsbewegung interessierten. Wie werden auch fernher bereit sein, diesen Interessenten das Blatt gegen Deckung der Kosten, 50,- M. im Quartal, zuzustellen und bitten, den Betrag in Briefmarken an uns einzenden zu wollen.

Die Generalkommission.

E. Legien.

Hamburg-Böllwerkstrasse-Niederlage,

Wilhelmsstraße 13, 1. Etage.

Situationsbericht.

In Gadebusch in Mecklenburg wurden die Arbeiter der Stuhlfabrik von Fleisch u. Co. ausgesperrt. Zu einem am 23. März in der Fabrik angebrachten Plakate erkären die Arbeitgeber, daß sie die Fabrik schließen werden in leichter Zeit vorgetriebenen Aufwiegeleien. Die Handlungswise der Fabrikanten ist unumso zu verurtheilen, als der größte Theil der Angestellten verheirathet und mit der Familie von außerhalb herangezogen worden ist. Jedenfalls ist dieses Vorgehen ein neuer Beweis dafür, daß unter Unternehmertum wohl mit dem Munde das Wohl der Arbeiter vertreten, in der Praxis diese aber zu abhängigen Sklaven zu machen sucht.

Die Ausstehdenden erfreuen in ihrer bedrangten Lage um Fernhalten des Zuganges.

Adresse: F. Hildebrandt,

Steinstraße 24.

Gadebusch in Mecklenburg.

In der Zeit vom 9. bis 31. März gingen bei der Generalkommission einz. M. 938,24.

#### Arbeiterversicherungswesen.

Die Krankenversicherung der deutschen Arbeiter. Das kaiserliche statistische Amt veröffentlicht die Zahlen für die deutsche Krankenversicherung im Jahre 1890; wir geben das Wichtigste daraus wieder, indem wir Vergleich mit den fünf vorhergehenden Jahren daran knüpfen.

Die Zahl der Krankenfassen unter dem Gesetz vom 16. Juni 1883 war im Jahre 1885: 18 942, sie ist bis 1890 stetig auf 21 178 gestiegen; die Knappfassfassen sind dabei nicht mitgerechnet. 1885 waren in diesen Fassen zusammen 8 727 000 Personen, 1890: 9 580 000. Dieses Wachsthum, das ja in erster Linie der späteren Erweiterung des Versicherungszwanges zuschreiten ist, verleiht sich sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Kassenarten; die Zahl der in den landesrechtlichen Hülfssassen Versicherten hat nur wenig zugenommen, ebenso die der Mitglieder der freien Hülfssassen nicht ganz um 25 Prozent; nur in demselben Maße sind auch die Betriebskantinen umfangreicher geworden, da-

gegen haben sich die Bahnen für die Gemeinde, Orts- und Baukantinen verdoppelt, die Innungskassen haben ihre Mitgliederzahl sogar verdreifacht. Es vertheilen sich die 1890 Versicherten folgendermaßen: 2 674 000 in den Betriebskantinen, 1 101 000 in den Gemeindekantinen, 810 000 in den eingeschriebenen Hülfssassen, 145 000 in den landesrechtlichen Hülfssassen, 74 000 in den Innungskantinen, 29 000 in den Baukantinen. 1885 kam auf 12 oder 13 Deutsche ein Versicherter auf Grund des erwähnten Gesetzes, 1890 auf 8 oder 9.

Auf ein Mitglied dieser Kassen kamen 1890 genau 6 Krankschaftstage, das ist mehr als früher, was zweifellos der Influenza-Zugreißer ist. Die durchschnittliche Zahl der Krankschaftstage ist am größten bei den Baukantinen, nämlich 7,5, am niedrigsten in der Gemeindeversicherung, nämlich 4,2.

Die Krankschaftstage auf ein Mitglied berechnet machen 1890: M. 12,77 aus, M. 1,22 mehr als früher, was zweifellos der Influenza-Zugreißer ist. Die durchschnittliche Zahl der Krankschaftstage ist am höchsten bei den Baukantinen, andererseits sind die in der Gemeindeversicherung befindlichen am wenigsten franz, wobei zu beachten ist, daß diese Kassen auch am wenigsten leisten.

Die Gesamtansage der Krankenfassen erreicht jährlich 93 Millionen Mark, davon kommen auf die Krankenfassen rund 84 Millionen Mark, davon auf Arzt und Apotheke, 40 Millionen auf Krankenfalle, der Rest auf Unfallversorgung usw. Die Einnahme betrug 114 1/2 Millionen, von denen 91 Millionen Beiträge und Eintrittsgelder darstellen. Auf jeden Versicherten kam also eine Einnahme von rund M. 20, während er an Krankschaften, wie oben erwähnt, M. 12,77 herausbrachte.

Wann verjährten die Ansprüche der hinterbliebenen eines infolge Betriebsunfalls Verstorbenen? Nach § 59 des Unfallversicherungsgesetzes haben Entschädigungsberechtigte, für welche die Entschädigung nicht von Unrecht festgestellt ist, ihren Entschädigungsanspruch bei Vermeidung des Ausschlusses vor Ablauf von 2 Jahren nach dem Eintritt des Unfalls bei dem zuständigen Vorstand anzumelden. Wird ein Versicherter durch einen Unfall unmittelbar getötet, so ist es hiernach klar, daß die Ansprüche der hinterbliebenen innerhalb der Frist von zwei Jahren nach dem Unfall angemeldet werden müssen; zweifelhaft wird die Frage, wenn der Verletzte erst geräumt wurde, nach dem Unfall stirbt, ohne daß vorher auf Grund des § 5 des Unfallversicherungsgesetzes eine Entschädigung für ihn festgestellt war. Das Reichsversicherungsamt bat in einer Rechtsache dahin entschieden, daß in Gemäßheit des § 59 des Unfallversicherungsgesetzes der Lauf der Verjährungsfrist unter den angegebenen Umständen vom Tage des Todes also für den Tod der Frist nun dann magaziert ist, wenn der Verstorbene bereits bei Lebzeiten eine Entschädigung bezogen hatte.

Trotz dieser Entscheidung hat nun, wie die "Berufsgenossenschaft" mittheilt, neuerdings ein berufsgenossenschaftliches Schiedsgericht in einer Verfahrensache die Ansicht vertreten, daß in Fällen der oben bezeichneten Art die Verjährungsfrist für die Ansprüche der hinterbliebenen erst zwei Jahre nach dem Ende des Verletzen ablaufe. Der oberste Gerichtshof ist in diesem Hause nicht in die Lage gekommen, die Gründe des Schiedsgerichts zu widerholen und die Frage einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Die Auslegung des Reichs-Verfassungsgesetzes, so meint die Berufsgenossenschaft, bedeutet unter Umständen für die hinterbliebenen eine große Härte, denn wenn ein Verletzter kurz vor Ablauf der zweijährigen Verjährungsfrist seine Entschädigungsansprüche geltend macht, dann aber stirbt, bevor für ihn eine Entschädigung festgestellt war, so würde für die hinterbliebenen nur noch eine Frist von vielleicht wenigen Tagen zur Anmeldung ihrer zu erhebenden Ansprüche übrig bleiben. Es erscheint deshalb wünschenswert, daß bei der in Aussicht gestellten Revision des Unfallversicherungsgesetzes auch die Regelung dieser Frage in Erwägung gezogen werde.

Das Verhältnis von Alters- und Invalidenrente. Personen, die im Alter und Genuss der Altersrente sind, können, sofern sie in den Zustand der Erwerbsunfähigkeit kommen, die Invalidenrente beanspruchen; die Invalidenrente kann ihnen jedoch wieder entzogen werden, sofern die sitzende Erwerbsunfähigkeit späterhin wieder der Gewerbsfähigkeit Platz macht. Kann nun eine solche Person verlangen, daß ihr die Altersrente wieder zugestanden wird? Über diese in der Presse in den letzten Tagen viel erörterte Frage geben die Ansichten weit auseinander und der Interpretation ist ein um so größerer Spielraum gelassen, als das Gesetz keine Bestimmung enthält, aus der eine wenn auch nur indirekte Beantwortung abgeleitet werden könnte. Wir sind der Meinung, daß nur die Antwort zutrifft, die das Weiber-aufleben des Rentenanspruchs bejaht. Die Altersrente wird durch die Invalidenrente absorbiert und zwar um so desto willens, weil die Beträger hinter dem Rentenentzugsleben zurückbleiben; der Gesetzgeber will nicht, daß Alters- und Invalidenrente gemeinsam und gleichzeitig von einer Person bezogen werden sollen, er hat es für ausreichend erachtet, wenn die eine oder die andere bezogen wird. Fällt nur die bereits in Genuss genommene Invalidenrente wieder fort, weil sich gezeigt hat, daß die Altersrente wieder fortsetzt; der Gesetzgeber will nicht, daß die Alters- und Invalidenrente gemeinsam und gleichzeitig von einer Person bezogen werden sollen, sondern nur einstellig, die Knappfassfassen sind dabei nicht mitgerechnet. 1885 waren in diesen Fassen zusammen 8 727 000 Personen, 1890: 9 580 000. Dieses Wachsthum, das ja in erster Linie der späteren Erweiterung des Versicherungszwanges zuschreiten ist, verleiht sich sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Kassenarten; die Zahl der in den landesrechtlichen Hülfssassen Versicherten hat nur wenig zugenommen, ebenso die der Mitglieder der freien Hülfssassen nicht viel, während die Betriebskantinen umfangreicher geworden, da-

der Spitäler und die Pflegeanstalten für die Alten und Behinderten ebenfalls geworden sind. Die Ausdehnung der Betriebskantinen auf dem Lande ist im Vergleich der Altersrente sei und wie halten die Ansicht des Gesetzgebers, wenn sie auch nicht in Gesetzeswörtern ihren Ausdruck gefunden hat, für wichtig genug, um Rücksicht auf sie die Entscheidung in einem Streittheile zu geben, für welchen sich eine unzweideutige Antwort in dem Gesetzestext selbst nicht findet.

## Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieß Verlag) ist soeben das 27. und 28. Heft des 10. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:  
 Heft 27: Russischen Klippen. Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der Kongress zu Halberstadt. Von Max Schippel. — Die moderne Prostitution. I. Von Dr. A. Blaschko. — Der Nieden-stand der englischen Kohlegräber. — Notizen. — Feuerstein: Mischa und Wanja. Eine Episode aus dem Leben der russischen Leibeigenen von Schtschedrin. Aus dem Russischen übertragen von Paul Steinhausen. — Heft 28: Ein Epilog. — Das politische Erwachen der russischen Arbeiter und ihre Meister von 1891. — Die sozialpolitische Bedeutung der Getreide-Elevatoren. Von Dr. Adolf Meyer. — Die Unfallversicherung in Österreich. Von Sigismund Kass. — Notizen. — Feuerstein: Mischa und Wanja. Eine Episode aus dem Leben der russischen Leibeigenen von Schtschedrin. Aus dem Russischen übertragen von Paul Steinhausen. (Schluß.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitersinnen (Stuttgart J. G. W. Dieß Verlag) ist uns soeben die Nr. 7 des 2. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Zum Gewerkschaftskongress von Halberstadt. — Brief aus Frankreich. — Eleonore Probst. — Feuerstein: Weihnachten. Erzählung von Minna Kautsky (Fortsetzung). — Arbeitersinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2564) beträgt der Abonnementspreis vierfach jährlich ohne Bezugsgeld 50 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweiteigentliche Seite 20 Pf.

Wir erhalten soeben Heft 6 des Lieferungsverleses: „Die deutsche Revolution, Geschichte der Deutschen Bewegung von 1848 und 1849“ von Wilhelm Bloß. (Stuttgart, J. G. W. Dieß Verlag.)

Das vorliegende Heft beschreibt die republikanische Schilderung in Baden, sowie die Aufstände in der Lombardie, in Bosnien und in Schleswig-Holstein. Außer den drei historischen Bildern: „Tod des Generals von Gagern“, „Angriff der Bundesstruppen auf das Predigtloch in Freiburg“ und „Battaldenbau bei der Rheinbrücke in Mannheim“ sind in diesem Heft noch die Porträts von Ludwig Mieroslawski, General von Wrangel und Georg Jung enthalten.

Das Werk wird in ca. 22 Lieferungen à zwei Bogen Großformat komplett vorliegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pfennig.

„Sozialpolitisches Centralblatt“ (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von F. Guttenberg in Berlin). Die Nr. 15 dieser Wochenschrift ist soeben erschienen. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich M. 3. Einzelne Nummern kosten 25 Pf.

## Briefkasten.

Der Österfeiertage halber muß bereits am Sonnabend Abend Reaktionsschluß für die Nr. 17 eintreten; wir ersuchen unsere verehrlichen Korrespondenten, hierauf Rücksicht nehmen zu wollen.

## Zur Beachtung

für die Bevollmächtigten des Centralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Die Expedition des „Grundstein“ versendet von jetzt ab zugleich auch das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, und legt jeder Sendung ein Exemplar bei, welches für die Bevollmächtigten bestimmt ist. Die Bevollmächtigten werden daher erachtet, sich, wenn sie nicht selbst die Verbreitung des „Grundstein“ in Händen haben, dieses von dem Verbreiter auszuhändigen zu lassen.

## Die Expedition des „Grundstein“.

Situationsberichte aus Elberfeld, Neumünster und Lüneburg mußten wegen Stoßandrang zurückgestellt werden. Der Bericht aus Elberfeld traf zu spät ein.

Berlin, 2. Jh. „Eingeland“ konnte in dieser Nummer des großen Stoßandranges halber keine Aufnahme finden. In nächster Nummer erscheint dasselbe aber bestimmt.

## Bützau, B. Desgleichen.

Uelzen, 2. Auch Ihr „Eingeland“ mußten wir aus demselben Grunde zurückstellen. Bemerken wollen wir noch, daß dasselbe einer vollständigen Umarbeitung unterzogen werden muß. Einer nochmaligen Abschreibung dienten hätte es so wie so bedürft, weil Sie es für gut befunden hatten, ein ungewöhnlich großes Papier zu wählen.

Thorn, 2. Wir ersuchen Sie, daß Papier nur auf einer Seite zu beschreiben.

Central-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

## Sitz Hamburg.

In der Zeit vom 6. bis 12. April sind folgende Beiträge für die Hauptstelle eingegangen:

Von der örtlichen Verwaltung in:

Erfurt M. 14,79, Bergedorf 82,70, Schiffbek 27,70, Neuburg 8,20, Nowotrzatz 11,64, Wil-

helmshaven 13,33, Friedland i. M. 8,10, Essen 4. Ruhr 30, Neustadt i. M. 6,16, Blegnitz 11, Elsfleth 8,48, Tempelhof 21, — Begegnet 12,47, Meldorf 57,60, Hannover 50, — Boizenburg 15,20, Haderseeben 13,78, Bremen 89,64, Barrentin 32,92, Nordhausen 21,68, Summa 385,61.

Die Volkskäfer werden aufgefordert, so schnell wie möglich die Abrechnungen einzulenden; widrigstensfalls die jährligen Zahlstellen in der Zusammenstellung keine Berücksichtigung finden.

Hamburg, den 12. April 1892.  
F. Braudt,  
Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstr. 13, I.

## Anzeigen.

Central-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) und Stoffateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

(Eingetriebene Hillstatt Nr. 7. Sitz Altona.)

In der Woche 3. bis 9. April sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Gorgatz M. 70, Giltnow 100, Groß-Neuendorf 50, Schweinsburg 100, Leibsdorf 100, Mariendorf 60, Bremen 300. Summa M. 780.

Büschüsse erhielten: Die örtliche Verwaltung in Siedelsbrunn M. 100, Bisperode 200, Stuttgart 200, Lechenbach 200, Rabisch 150, Fabrik 100, Alt-Biespin 100, Bischbach 100, Döhr i. B. 100, Tostedt 30, Freiburg B. 100, Mainzheim 80, Streitberg-Dresden 200, Dresden 200. Summa M. 1860.

Altona, den 9. April 1892.  
C. Reich, Hauptstelle,  
Friedrichsbadestraße Nr. 28.

Central-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) und Stoffateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Örtliche Verwaltung Eppendorf.

Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, 21. April, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Jacob, Winterhuderquai.

Tagesordnung:

1. Abrechnung. 2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen eracht

M. 1,95. Die örtliche Verwaltung

Central-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) und Stoffateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Örtliche Verwaltung Kiel.

Mitglieder-Versammlung am Freitag, 22. April, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn J. Wurm, Alte Reihe Nr. 8.

Tagesordnung:

1. Abrechnung. 2. Verschiedenes.

M. 1,95. Die örtliche Verwaltung

Central-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) und Stoffateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Örtliche Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlung am Sonntag, 24. April, Vormitt. 10½ Uhr: im Lokale des Herrn Scheffer, Inselfest. 10.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1892 und Bericht über Büren.

2. Besprechung über die Annahme der Kranken-

lassen-Nobele.

3. Entgegennahme etwaiger Beschwerden gegen die örtliche Verwaltung.

4. Innere Kassenangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen eracht

M. 2,15. Die örtliche Verwaltung.

Central-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhofstelle Kiel.

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 20. April, Abends 8½ Uhr, im „Englischen Garten“.

Tagesordnung:

1. Bietzählerische Abrechnung

2. Vortrag

3. Verschiedenes.

Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Samtliche Mitglieder werden erachtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.

M. 2,70. Der Bevollmächtigte.

Central-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhofstelle Schleswig.

Mitglieder-Versammlung am Freitag, 29. April, Abends 7½ Uhr.

Die Kollegen werden aufgefordert, die dieser Ver-

sammlung die Statistikbücher mitzubringen.

M. 1,50. Der Bevollmächtigte.

## Leipzig.

Das Verkehrslokal der Maurer befindet sich von jetzt ab im „Athenischen Hof“, Windmühlstraße 44. Jeden Sonnabend Bibliothek. Mitglieder für den Central-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen werden dafelbst aufgenommen und zwar jeden Sonnabend von 7 Uhr Abends an.

M. 1,50. Der Vertragsmann.

Quittungsmarken  
(Kaufschiffstempel)

sowie alle Druckarbeiten für Vereine und Kassen empfiehlt in ersterhand vorzüglich Ausführung.

Conrad Müller, Schkeuditz Leipzig.  
Preislisten gratis und franko.

## Versammlungs-Anzeiger

für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bielefeld. Sonntag, den 17. April, Morgens 10 Uhr, bei Herrn Wüstefeld, Bürgerweg 14.

Cassel. Mittwoch, den 20. April, bei Herrn Wittrodt, Schäfergasse 33.

Cöln a. Rh. Jeden Sonntag, Morgens 11 Uhr, bei Wwe. Kleumer, II. Griechenstr. 69.

Cölln. Sonntag, den 24. April, im Restaurant „Zum Weinberg“.

Danzig. Dienstag, den 19. April, Abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Röpergasse 24.

Dortmund. Samstag, den 23. April, Abends 8½ Uhr, bei Herrn Zimmermann, Lütgenbrückstraße 5.

Düsseldorf. Sonntag, den 17. April, Morgens 11 Uhr, bei Wwe. Matthei, Kaiserstr. 66.

Duisburg. Sonntag, den 17. April, Morgens 11 Uhr, bei Herrn Bresser, „Drei Kronen“, Knüppelmarkt 2.

Elmshorn. Sonntag, den 24. April, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal (Maurerherberge).

Ebersberg. Sonntag, den 17. April, Nachmittags 8 Uhr, bei Herrn Gerbracht, Bleichstr. 14.

Erfurt. Jeden Freitag, Abends 8 Uhr, bei Herrn Schramm, Gotthardstraße 44.

Effen a. d. Ruhr. Sonntag, den 24. April, bei Wwe. Kräk, Steelerthor.

Gelsenkirchen. Sonntag, den 24. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Herdenbach, Vereinsstraße 11.

Hamburg. Jeden Donnerstag, Abends 8½ Uhr, in „Lütje's Establissement“, Valentinstamp 41.

Harburg (Elbe). Donnerstag, den 21. April, Abends 8 Uhr, bei Herrn Peters, Karmapp.

Hilbersheim. Mittwoch, den 20. April.

Kiel. Mittwoch, den 20. April, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“.

Kaage. Sonntag, den 24. April.

Liegnitz. Sonnabend, den 23. April, Abends 8½ Uhr, im Gaffhof „Zu den drei Bergen“, Hahnauerstraße 7.

Lukenwalde. Sonntag, den 17. April, Nachmittags 3½ Uhr, bei Herrn Döbbeler, Buseckstr. 38.

Lübeck. Mittwoch, den 20. April, im „Berliner Hof“ Fünfhausen.

Münz. Sonntag, den 17. April, im Lokale „Welsches Wäschlein“, Hauptgasse.

Meldorf. Mittwoch, den 20. April, bei Herrn Karsius.

Minden i. W. Jeden Samstag, Abends 5 Uhr, bei Herrn Wisselius, Ritterstr. 18.

Münster. Sonntag, den 21. April.

Neustadt i. W. Sonntag, den 24. April, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Bude.

Nienburg a. W. Sonntag, den 17. April.

Nordenham. Sonntag, den 17. April, Nachmittags 4½ Uhr, bei Herrn Witting.

Oberhausen-Sterum. Sonntag, den 17. April, Abends 6 Uhr, bei Herrn König in Alstaden.

Offenbach. Jeden Dienstag, Abends 8½ Uhr, in der Restauration P. Eisenmenger, Herrenstraße 46.

Phörzheim. Jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr im Lokale „Zur Eintracht“, Reichsstraße 12.

Rostock i. M. Mittwoch, den 20. April, Abends 8 Uhr, bei Herrn Brandt, Beguinenberg 10.

Stuttgart. Montag, den 18. April, Abends 8 Uhr, bei Herrn Thelenau.

Steglitz. Freitag, den 22. April.

Stendal. Sonntag, den 17. April, Uelzstraße 10.

Strelitz. Sonnabend, den 23. April.

Stuttgart. Sonntag, den 24. April, Morgens 10 Uhr, in der „Gloste“, Leonhardiplatz.

Welschen. Sonntag, den 24. April, Nachmittags 8 Uhr, im Müggelschen Gaffhaus, Schmiedestr.

Verden. Sonntag, den 24. April, Abends 7 Uhr, im Vereinslokal.

Wandsbek. Dienstag, den 19. April, Abends 8½ Uhr, bei Herrn Schley, Löbstedterstr. 55.

Warnemünde. Dienstag, den 19. April, Abends 8 Uhr.

Wedel. Sonntag, den 24. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Strudweiler.

Barretein. Sonntag, den 24. April, Nachmittags 2½ Uhr, bei Herrn Gathwiller Ehlers.

## Telegramm.

Lauenburg a. E. Partieller Streik ausgebrochen. Buzug fern halten.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.